

2. Politische Einstellungen und politische Kultur – Zur Klärung der Begriffe und ihrer politikwissenschaftlichen Bedeutung

2.1 Die Begriffe „politische Einstellungen“ und „politische Kultur“

Obgleich das Interesse an den subjektiven Aspekten der Politik bis in die Antike zurückreicht (vgl. *Almond* 1980), setzte eine systematische, theoriegeleitete empirische Analyse politischer Einstellungen und Kulturen erst nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Mit der Etablierung dieses neuen Forschungszweiges war allerdings keine Verständigung über das Konzept „politische Kultur“ verbunden. Vielmehr wurden die in den ersten Studien noch eindeutig definierten Begriffe „politische Einstellungen“ und „politische Kultur“ im Zuge ihrer wachsenden Verbreitung aus ihrem ursprünglichen theoretischen Zusammenhang herausgelöst und ziemlich beliebig benutzt. Darüber hinaus besteht auch über die angemessene Forschungsstrategie keine Übereinstimmung. Die Beschäftigung mit dem Gegenstand „politische Kultur“ blieb somit ausgesprochen uneinheitlich und diffus (vgl. den Überblick über die konkurrierenden Ansätze bei *Patrick* 1984).

In der Tradition von *Almond* und *Verba* (1965) verwendet der folgende Beitrag das Einstellungskonzept als theoretischen Grundbegriff. Unter einer *Einstellung* versteht man eine durch Erfahrung organisierte geistige Haltung, die die Reaktion einer Person auf Objekte oder Situationen aller Art beeinflusst. Von anderen Orientierungen unterscheiden sich *politische* Einstellungen durch ihren Bezug auf politische Sachverhalte. Über die Struktur des individuellen Einstellungssystems gibt es in der Psychologie eine intensive, hier nicht weiter zu verfolgende Debatte. Für unsere Zwecke ist lediglich festzuhalten, daß in den modernen Gesellschaften alle Individuen Einstellungen zur Politik ausbilden, die mit anderen Aspekten des individuellen Orientierungssystems, z.B. mit religiösen Überzeugungen oder wirtschaftlichen Interessen in Zusammenhang stehen.

Auf dieser Grundlage definierten *Almond/Verba* (1965: 13) die nationale politische Kultur als „die besondere Verteilung von Orientierungsmustern auf politische Objekte unter den Mitgliedern einer Nation“. Demnach betrachteten sie politische Einstellungen als Eigenschaften von *Individuen*, die politische Kultur dagegen als ein Merkmal von *Kollektiven*, besonders von Staaten oder Nationen. Die politische Kultur einer Nation ergibt sich aus der *Verteilung* der individuellen Einstellungen der zu ihr gehörenden Bürgerinnen und Bürger. Aufschlüsse über ihre Beschaffenheit vermittelt die empirische Forschung, besonders die Umfrageforschung.

2.2 Die Bedeutung politisch-kultureller Größen im Systemvergleich

Im Mittelpunkt der ersten einschlägigen Untersuchungen stand der Zusammenhang zwischen der politischen Kultur eines Landes und der Stabilität seiner demokratischen Ordnung. Dieses Forschungsinteresse ergab sich aus den politischen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit, die gezeigt hatten, daß weder eine demokratische Verfassung noch ein hohes sozio-ökonomisches Entwicklungsniveau den Bestand einer Demokratie garantieren. Insbesondere beim Vergleich der neueren politischen Entwicklung Englands und Deutschlands wurde die Bedeutung kultureller Faktoren für das Entstehen und die Überlebensfähigkeit einer demokratischen Ordnung deutlich. Zwar wiesen beide Staaten am Beginn des 20. Jahrhunderts ein hohes sozio-ökonomisches Entwicklungsniveau, einen funktionierenden Rechtsstaat und eine leistungsfähige Bürokratie auf, in ihrer politischen Kultur jedoch unterschieden sie sich beträchtlich voneinander. Während in England Untertanenorientierungen und partizipative Einstellungen schrittweise zu einer modernen Staatsbürgerkultur verschmolzen, stellte Deutschland den Prototyp einer Untertanenkultur dar. Da sich diese Orientierungsmuster mit dem Ende des Kaiserreichs nicht auflösten, widersprachen die demokratischen Prinzipien und Strukturen der Weimarer Verfassung der vorherrschenden politischen Kultur. In der autoritären, gespaltenen politischen Kultur der Weimarer Republik sah die empirische Demokratieforschung die entscheidende Ursache für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und den Erfolg des Nationalsozialismus (vgl. *Almond/Verba* 1965: 5ff.).

Aus diesen Erfahrungen ergab sich die Notwendigkeit, neben institutionellen und sozio-ökonomischen Faktoren kulturelle Größen in die empirische Demokratietheorie einzubeziehen. In Weiterentwicklung früherer Erklärungsansätze gilt seither ein hohes sozio-ökonomisches Entwicklungsniveau als wichtige, aber nicht als ausreichende Voraussetzung für das Entstehen und den Fortbestand demokratischer Strukturen. Nur wenn eine demokratische politische Kultur hinzukommt, bestehen langfristig günstige Voraussetzungen für den Erhalt einer demokratischen Ordnung. Dabei resultierten die für eine demokratische politische Kultur typischen Einstellungen nicht zuletzt aus dem Massenwohlstand, einem hohen Bildungsniveau der Bevölkerung und einem leistungsfähigen Massenkommunikationssystem. Diese Errungenschaften einer modernen Gesellschaft tragen zum Abbau politischer Spannungen und zur Ausbreitung demokratischer Werte und Normen in einer Gesellschaft bei. Darüber hinaus beeinflussen Sozialisationsprozesse im Elternhaus und in den Freundschaftsgruppen die Weitergabe politischer Werte und Normen. In der politischen Kultur sieht man einen bedeutsamen Vermittlungsfaktor zwischen der Geschichte eines Landes, seiner Sozialstruktur und seinen politischen Institutionen (vgl. *Lipset* 1981; *Inglehart* 1990: 15ff.).

2.3 Die Dimensionen politischer Kultur

Wie die Definition der politischen Kultur als *Verteilung* politischer Einstellungen erkennen läßt, weist jede politische Kultur eine gewisse Heterogenität auf. Allerdings kommt nicht allen Einstellungsunterschieden die gleiche Bedeutung für das Funktionieren des politischen Systems zu. Eine Schlüsselfunktion schreibt *Easton* (1979: 190ff.) den Einstellungen zum politischen *Regime* und zur politischen *Gemeinschaft* zu (in der Begrifflichkeit anders, in der Sache aber ähnlich: *Almond/Verba* 1965: 14, 192; vgl. auch: *Almond* 1980: 28). Unter den Begriff „politisches Regime“ subsumiert er die grundlegenden Merkmale der institutionellen Ordnung, also die Garantie von Grundrechten, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung und das Rechtsstaatsprinzip. Sie verleihen einem politischen System seine Identität als Demokratie und grenzen es von autoritären und totalitären Regimen ab. Daneben erfüllt die politische Gemeinschaft als die Einheit, der sich die Individuen zugehörig fühlen und der sie ihre Loyalität entgegenbringen, eine bedeutsame Funktion für den Systemerhalt. In modernen Gesellschaften übernimmt die Nation in der Regel diese Rolle, möglicherweise aber auch eine enger definierte territoriale oder ethnische Gruppe. *Almond/Verba* und *Easton* betrachten ein Mindestmaß an positiven Einstellungen zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft als unabdingbares Erfordernis des Systemerhalts, ohne jedoch das erforderliche Ausmaß an Systemunterstützung genau zu bestimmen.

Ein zweiter Komplex von Orientierungen richtet sich auf die *Output*-Aspekte der Politik, d.h. auf die mit der Herstellung und Durchsetzung verbindlicher politischer Entscheidungen befaßten Handlungen, Institutionen und Akteure. In den westlichen Demokratien nehmen vor allem die Regierung, die Verwaltung, die Gerichte und das Militär diese Aufgaben wahr. Allerdings schließt dies nicht aus, daß diese Organisationen noch weitere Funktionen erfüllen bzw. daß Organisationen und Akteure, deren Funktionen nicht primär im Output-Bereich liegen, sich an der Herstellung und Durchsetzung verbindlicher Politik beteiligen, z.B. die politischen Parteien.

Mit ihren politischen Vorhaben und Maßnahmen reagieren die Entscheidungsträger häufig auf Forderungen, mit denen sie aus der Gesellschaft konfrontiert werden. *Easton* (1979: 37ff.) bezeichnet die aus der Umwelt kommenden Impulse als *Input*-Seite der Politik und gliedert sie in Forderungen und Unterstützungen auf. Auch in diesem Bereich gibt es spezielle Organisationen und Verfahren, mittels derer politische Unterstützung mobilisiert und Forderungen artikuliert werden. Gerade im Hinblick auf diesen Aspekt der politischen Kultur hatten *Almond/Verba* (1965) in den fünfziger Jahren gravierende Unterschiede zwischen den anglo-amerikanischen Demokratien und den Staaten Kontinentaleuropas festgestellt.

Als Grundlage ihrer Beschreibung der politischen Kultur westlicher Demokratien benutzten *Almond/Verba* (1965: 16ff.) eine aus der Differenzie-

rung zwischen diesen Einstellungsobjekten entwickelte Typologie. Da ihre Überlegungen in der Literatur ausgiebig diskutiert wurden (vgl. Gabriel 1986: 28ff. m.w.L.) reichen an dieser Stelle einige knappe Bemerkungen über die einzelnen Kulturtypen aus. Den einem vormodernen politischen System entsprechenden Typ bezeichneten Almond/Verba als *parochiale* politische Kultur. In ihr stellt die Politik im Leben der Bevölkerung keinen eigenständigen Handlungsbereich dar. Dies gilt für das politische Regime, die politische Gemeinschaft, die regulative und die partizipative Komponente des politischen Systems. Mit fortschreitender Modernisierung der Gesellschaft geht die *parochiale* in eine *Untertanenkultur* über, in der die Bevölkerung eine positive Beziehung zur Politik als Leistungs- und Ordnungsfaktor ausbildet und sich gefühlsmäßig mit dem politischen Regime und der politischen Gemeinschaft identifiziert. In diesem Stadium befanden sich die meisten europäischen Staaten vom Beginn der Neuzeit bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Mit der Demokratisierung der politischen Strukturen, insbesondere mit der Einführung eines demokratischen Wahlrechts, entstand schließlich eine *partizipative* politische Kultur. Sie weist alle Eigenschaften der Untertanenkultur auf, zeichnet sich aber zusätzlich durch eine positive Beziehung der Bürgerinnen und Bürger zu den partizipativen Aspekten der Politik aus. Dieser Typ bildet das kulturelle Fundament einer demokratischen Ordnung.

Für die Stabilität eines politischen Systems ist es nicht nur wichtig, wie weit die für eine Staatsbürgerkultur typischen Einstellungen in der Bevölkerung verbreitet sind, sondern auch, ob das vorherrschende Muster politischer Orientierungen in allen wichtigen gesellschaftlichen Teilgruppen anzutreffen ist. Das daraus resultierende Ausmaß an Homogenität der politischen Einstellungen gehört zu den wichtigsten Merkmalen der politischen Kultur. In *homogenen* politischen Kulturen besteht keine enge Beziehung zwischen den politischen Einstellungen und der sozialen Herkunft sowie den gesellschaftlichen Wertorientierungen ihrer Träger. Vor allem die Einstellungen zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft sind von derartigen Merkmalen relativ unabhängig. Dagegen zerfallen *fragmentierte* politische Kulturen an den Grenzen zwischen sozialen Schichten, Generationen oder politischen Parteien in gegnerische Lager, deren Beziehung zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft sich keineswegs als diffuse Unterstützung charakterisieren läßt. Die Homogenität einer politischen Kultur begünstigt die Stabilität eines Systems, ihre Fragmentierung in Subkulturen dagegen gefährdet sie.

Die folgenden Teile dieses Beitrags enthalten eine vergleichende empirische Analyse der wichtigsten Merkmale der politischen Kultur der EG-Staaten. Auf der Grundlage des von Almond und Verba entwickelten Ansatzes wird zunächst die Bedeutung der Politik für das Leben der Bevölkerung behandelt. Dem folgt eine Untersuchung der Systemorientierungen sowie der Einstellungen zu den regulativen und partizipativen Aspekten der Politik. Auf der Basis dieser Analysen wird abschließend die

Homogenität der politischen Kultur der zwölf Staaten und ihre Annäherung an das Modell einer demokratischen Staatsbürgerkultur geprüft.

3. Die Anteilnahme der Bevölkerung an der Politik

In der normativen Demokratietheorie, aber auch in Arbeiten auf dem Gebiet der empirischen Einstellungsforschung gilt die politische Involvement der Bevölkerung als wichtiges Merkmal eines demokratisch verfaßten politischen Systems. Im Zentrum dieser Überlegungen steht das Leitbild des politisch interessierten, informierten und handlungsbereiten Bürgers, der im Austausch mit den politischen Führungsgruppen selbstbewußt seine Vorstellungen vertritt und über deren Berücksichtigung wacht. Nach Dalton (1988: 13) vertraten zahlreiche Demokratietheoretiker die Auffassung, die Demokratie funktioniere nur dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich durch ein starkes politisches Interesse, ein hohes Informationsniveau und ein ausgeprägtes Urteilsvermögen auszeichneten. Van Deth (1990) weist dabei dem politischen Interesse eine Schlüsselfunktion zu. Nur Personen, die ein Mindestmaß an Interesse für politische Vorgänge aufbringen, verfügen seiner Auffassung nach über eine hinlängliche Motivation, sich politische Informationen zu beschaffen und sich aktiv in die Politik einzuschalten. Darüber hinaus stellte sich in mehreren empirischen Untersuchungen heraus, daß politisch interessierte Personen ein überdurchschnittlich gut strukturiertes, in sich relativ stimmiges System politischer Einstellungen aufweisen (vgl. Van Deth 1990: 276f.).

Im Vergleich mit den aus der Demokratietheorie ableitbaren Erwartungen lieferte die empirische Forschung ziemlich desillusionierende Befunde. Von einer intensiven Anteilnahme der Bevölkerung an der Politik kann demnach in den westlichen Demokratien nicht die Rede sein (vgl. die Hinweise bei Almond/Verba 1965: 45ff.; Dalton 1988: 155f.; Van Deth 1990: 281ff.). In dieses Bild passen auch die zwischen 1983 und 1990 erhobenen Daten über das politische Interesse in den EG-Staaten (vgl. Tab. A53). Im Durchschnitt aller Erhebungen gab nicht einmal jeder Zweite an, sich für politische Angelegenheiten zu interessieren. Während das politische Interesse in Frankreich und Irland nahe beim EG-Mittel lag, weichen die in den übrigen Ländern ermittelten Einstellungen zum Teil beträchtlich davon ab. Das stärkste Interesse an der Politik bekundeten die Dänen, gefolgt von den Befragten in der Bundesrepublik Deutschland,¹ Großbritannien, Griechenland, Luxemburg und den Niederlanden. Ein vergleichsweise schwaches Interesse an der Politik bestand in Italien, Belgien und Spanien. Portugal

1 Diese Aussage bezieht sich auf die Bundesrepublik ohne die fünf neuen Bundesländer. Ausweislich der Daten im EUROBAROMETER 34 lag im Herbst 1990 das politische Interesse in der ehemaligen DDR deutlich höher als in der alten Bundesrepublik (69 % bzw. 54 %).

bildete mit einem Anteil von nur zehn Prozent politisch Interessierten das Schlußlicht.

Neben dem Niveau verdient die *Entwicklung* des politischen Interesses Aufmerksamkeit, nicht zuletzt weil seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges starke gesellschaftliche Antriebskräfte die politische Mobilisierung der Bevölkerung förderten. Unter diesen spielten die Expansion der Staatstätigkeit, die Bildungsrevolution und die Entwicklung des Massenkommunikationssystems eine maßgebliche Rolle (vgl. Dalton 1988: 18ff.; Van Deth 1990: 301ff.; Inglehart 1990: 3ff., 335ff.; vgl. auch die einschlägigen Beiträge in diesem Band). Leider erlaubt die Datenlage nur für wenige EG-Staaten Aussagen über den langfristigen Wandel dieses Aspekts der politischen Kultur. Zudem erschwert die Verwendung unterschiedlicher Erhebungsfragen in den nationalen Umfragen einen internationalen Vergleich.

Die ersten für einen Ländervergleich geeigneten Daten über die politische Involvierung waren in der Civic Culture-Studie enthalten (vgl. Almond/Verba 1965: 53ff.). Von den drei in diese Untersuchung einbezogenen EG-Staaten wies die Bundesrepublik den höchsten, Italien den niedrigsten Anteil politisch involvierter Bürger auf. Diese Reihenfolge blieb auch in neueren Erhebungen erhalten (*Political Action* 1979: 16f.). Wegen der Verwendung unterschiedlicher Erhebungsfragen lassen sich aus diesen Antworten keine Aussagen über die Entwicklung der Anteilnahme der Bevölkerung an der Politik ableiten. Allerdings dokumentieren die vorliegenden nationalen Längsschnittdaten einen deutlichen Anstieg des politischen Interesses (vgl. Dalton 1988: 22f.; Van Deth/Horstmann 1989: 53ff.; Gabriel 1986: 182ff.). Dieser Prozeß spielte sich vor allem zwischen 1950 und der Mitte der siebziger Jahre ab, er setzte sich aber während der vergangenen zehn Jahre nur in Belgien, Großbritannien und Italien fort. Die in den übrigen Staaten auftretenden Schwankungen dürften auf nicht näher zu erörternde tagespolitische Bedingungen zurückgehen.

An der politischen Involvierung zeigt sich, wie stark die Bevölkerung eines Landes in parochialen Vorstellungsmustern verhaftet ist. Wenn diese Annahme zutrifft, dann müßte ein Teil der nationalen Unterschiede auf das sozio-ökonomische Entwicklungsgefälle innerhalb der EG zurückgehen (vgl. Almond/Verba 1965: 45ff.; Van Deth 1990: 301ff.; Inglehart 1990: 15ff.). Für diese Annahme finden sich empirische Belege: Mit der Höhe des Bruttoinlandsprodukts, dem Anteil der im Dienstleistungssektor Beschäftigten sowie dem Prozentsatz an Absolventen qualifizierter Bildungseinrichtungen steigt das Interesse an der Politik. Dieser makroanalytisch ermittelte Zusammenhang bestätigt sich auch in Individualdatenanalysen: In allen zwölf EG-Staaten erweisen sich formal gut gebildete Befragte mit postmaterialistischen Wertvorstellungen als politisch besonders stark interessiert. Daneben beeinflussen traditionelle Sozialisationsmuster die Anteilnahme an politischen Ereignissen. Auf Grund rollenspezifischer Sozialisationsprozesse sind Frauen in allen Ländern politisch weniger interessiert als Männer. Eine Kontrolle sozio-demographischer Faktoren hebt die Un-

terschiede zwischen den Nationen nicht auf. Nationale Muster im Involvierungs-niveau existieren unabhängig von der Sozialstruktur der betreffenden Gesellschaft, allerdings übt der Faktor Nation im Vergleich mit anderen Einstellungen nur einen schwachen Einfluß auf das politische Interesse aus.²

4. Die Unterstützung des politischen System

Im Unterschied zur politischen Involvierung, die eine Art Filterfunktion in der Beziehung der Bevölkerung zur Politik erfüllt, kommt den Einstellungen zum politischen System eine unmittelbare Bedeutung für die Stabilität der demokratischen Ordnung zu. Nach *Lipset* (1981: 64ff.) hängt der Bestand einer Demokratie langfristig davon ab, ob die Bürgerinnen und Bürger das politische System als *effektiv* und *legitim* einschätzen. Von diesen beiden Unterstützungsmotiven kommt den Legitimitätsüberzeugungen für den Systemerhalt die größere Bedeutung zu. Politische Systeme, deren Legitimität grundsätzlich in Frage steht, sind kaum dazu in der Lage, schwere oder langanhaltende Leistungskrisen zu überbrücken. Dagegen können politische Regime mit einer gesicherten Legitimität selbst schwere Leistungseinbrüche im Rahmen der bestehenden Strukturen bewältigen. Für diese Annahmen sprechen jedenfalls die in Deutschland, England und den USA während der Weltwirtschaftskrise gemachten Erfahrungen.

Neben den für die Unterstützung des politischen Systems maßgeblichen *Motiven* schreibt *Easton* (1979) den *Objekten*, auf die sich die Zustimmung der Öffentlichkeit richtet, eine große Bedeutung für den Systembestand zu. Besondere Aufmerksamkeit fand in der bisherigen Forschung die Unterstützung des politischen *Regimes*. Hierunter versteht man die Anerkennung der systemtragenden Werte, Institutionen und Verfahren. Wegen ihrer unterschiedlichen politischen Traditionen eignen sich die Mitgliedsstaaten der EG besonders gut für eine vergleichende Analyse der Regimeunterstützung: unter ihnen befinden sich Länder mit einer langen demokratischen Tradition, aber auch solche, in denen sich erst während der letzten 20 Jahre demokratische Regime etablierten. Mit der Dauer des Bestandes demokratischer Strukturen dürfte auch die Chance variieren, die für eine Demokratie typischen Wertorientierungen und Einstellungen zu erlernen. Darüber hinaus bieten sich einzelne EG-Mitgliedsländer geradezu als Demonstrationsobjekte für eine Analyse des Verhältnisses zwischen Effektivität und Legitimität an. Die Bundesrepublik Deutschland gilt in der Literatur als Musterbeispiel eines Landes, dessen sozio-ökonomische Leistungsfähig-

2 Soweit nichts anderes angegeben wird, basieren alle Individualdatenanalysen auf den Daten des EUROBAROMETER 26. Mittels Mehrfach-Varianz-Analysen wurde der Einfluß aller Größen gleichzeitig kontrolliert. Auf die Vorlage der betreffenden Tabellen muß wegen Platzmangels verzichtet werden.

keit die Legitimierung des demokratischen Systems nach sich zog. Das Gegenbeispiel stellt Großbritannien dar. Eine Vielzahl von Publikationen zum Thema „What's wrong with Britain“ befaßte sich mit den negativen Folgen des ökonomischen Abstiegs Großbritanniens und des Verlusts seiner Weltmachtstellung für die Beziehung der Bevölkerung zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft. Insbesondere in den nicht-englischen Landesteilen scheinen sich die traditionellen Institutionen und Symbole in einer Akzeptanzkrise zu befinden (vgl. zur gegensätzlichen Entwicklung der Systemunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien die Länderstudien in den Sammelbänden von *Almond/Verba* 1980; *Reichel* 1984 sowie *Baker/Dalton/Hildebrandt* 1981: 22ff.; *Topf* 1989).

4.1 Die Demokratiezufriedenheit und die Präferenz für eine demokratische Ordnung

Zu den am besten dokumentierten politischen Einstellungen in der EG gehört die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Funktionieren der Demokratie. Sie wurde erstmals 1973 im Rahmen der European Community-Study ermittelt und ist seit 1976 jährlich mindestens in einer EUROBAROMETER-Umfrage entalten. Allerdings ist die Aussagekraft dieses Indikators von Systemorientierungen umstritten: Während *Merkel* (1988: 22) die Demokratiezufriedenheit als Indikator politischer Legitimitätsüberzeugungen behandelt, macht *Kaase* (1985: 107) auf die in der Erhebungsfrage angelegte Vermischung von Elementen spezifischer und diffuser Unterstützung aufmerksam. Einige Autoren gehen in ihrer Kritik sogar noch weiter und bezweifeln die Fähigkeit der Bevölkerung, die theoretisch plausible Unterscheidung zwischen dem politischen System und der amtierenden Regierung nachzuvollziehen (vgl. die Hinweise bei *Gabriel* 1986: 234ff.). Ein verlässliches Urteil über die Tragfähigkeit dieser unterschiedlichen Positionen ist jedoch kaum möglich, weil systematische empirische Prüfungen der Bedeutung der Frage nach der Demokratiezufriedenheit für die Befragten fehlen.

Die zwischen 1976 und 1990 durchgeführten Erhebungen problematisieren die These über die angeblich weit verbreitete Staatsverdrossenheit in der westlichen Welt. Hierbei erklärten durchschnittlich mehr als die Hälfte der Befragten in den zwölf EG-Staaten, mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Lande sehr oder ziemlich zufrieden zu sein (vgl. Tab. A63).³ Der Anteil der Unzufriedenen lag EG-weit knapp unter 40 Prozent. Zutreffender als die These von der Staatsverdrossenheit ist es also, die Einstellungen zum politischen Status Quo als ambivalent zu charak-

3 Da sich die im Jahre, 1973 gewählte Erhebungsform von der der späteren Umfragen unterscheidet, bleiben die Ergebnisse aus diesem Jahr bei der Berechnung des Mittelwertes unberücksichtigt.

terisieren. Der Durchschnittswert verdeckt erhebliche Unterschiede zwischen den Nationen. Die Spitzenposition hinsichtlich der Demokratiezufriedenheit nimmt die Bundesrepublik Deutschland ein,⁴ gefolgt von Luxemburg, Dänemark und den Niederlanden. Während in den drei neuen Demokratien (Griechenland, Spanien, Portugal) sowie in Irland, Großbritannien und Belgien durchschnittliche Werte ermittelt wurden, liegen Frankreich und vor allem Italien erheblich unter dem EG-Durchschnitt; nur jeder vierte Italiener erklärte, mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden zu sein. Dieser Befund veranlasste *Merkel* (1988: 44) dazu, Italien als „the low legitimacy wonder“ innerhalb der westlichen Welt zu bezeichnen.

Welche Bedeutung dieser Antwortverteilung für die Stabilität und Funktionsfähigkeit der Demokratie in den einzelnen Staaten zukommt, läßt sich nur im Zusammenhang mit weiteren Daten feststellen. In einer 1988 durchgeführten Umfrage wurde die Systemunterstützung durch eine weitere Frage erhoben, die Präferenz für eine demokratische Ordnung bzw. die Bereitschaft, unter bestimmten Bedingungen eine Diktatur zu akzeptieren. Im Vergleich mit der Demokratiezufriedenheit treten bei diesem Indikator aktuelle Funktionsprobleme zu Gunsten einer generellen Bewertung der Qualität der politischen Ordnung in den Hintergrund. Dies zeigte sich auch in den Antworten der Befragten. Obgleich die Demokratiezufriedenheit und die Systempräferenz relativ eng miteinander zusammenhängen, besteht über die Demokratie als Ordnungsmodell ein wesentlich breiterer Konsens als über die Bewertung des aktuellen Systemzustands. Im Durchschnitt der zwölf Länder sprachen sich vier von fünf Befragten für die Demokratie und gegen eine Diktatur aus. Das Niveau der Demokratiezufriedenheit hatte um ganze 25 Prozentpunkte niedriger gelegen. Auch wenn die Bevölkerung den politischen Status Quo nicht vorbehaltlos akzeptiert, sieht die breite Mehrheit keine Alternative zur Demokratie (vgl. ähnlich: *Kaase* 1985; *Merkel* 1988). Für diese Interpretation sprechen auch die Einstellungen zur Veränderungsbedürftigkeit der Gesellschaft. Demnach basiert die Kritik am Funktionieren der Demokratie überwiegend auf einem Wunsch nach gesellschaftlichen Reformen, nicht auf revolutionären Erwartungen. Nur in Griechenland, Italien und Frankreich gibt es eine zahlenmäßig größere revolutionäre Minderheit. Mehrheitsfähig ist eine revolutionäre Veränderung des Systems auch in diesen Ländern nicht (vgl. Tab. A67).

Neben dem Niveau politischer Unterstützung betrachtet *Easton* deren Stabilität als eine demokratietheoretisch bedeutsame Größe. Verfolgt man die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit über den gesamten Untersuchungszeitraum, dann zeigt sich, daß die Bevölkerung der zwölf EG-Staaten auf eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen unterschiedlich reagiert. Als besonders situationsabhängig erweist sich die De-

4 Dieser Wert bezieht sich auf die alten Bundesländer. 1990 bestand zwischen dem Westen (81 %) und dem Osten der Bundesrepublik (49 %) ein beträchtliches Zufriedenheitsgefälle.

mokratiezufriedenheit in Belgien, Irland und Portugal, als relativ stabil dagegen in Italien, Spanien, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. Da es in diesem Rahmen nicht möglich ist, die Entwicklung der Systemzufriedenheit in den einzelnen Ländern im Detail nachzuzeichnen, sollen die möglichen Auswirkungen besonderer politischer Ereignisse auf die Systemzufriedenheit lediglich an einigen Beispielen illustriert werden. In Großbritannien brachte der Falkland-Krieg den zwischen 1977 und 1981 eingetretenen Rückgang der Systemunterstützung vorübergehend zum Stillstand. Innerhalb von nur drei Jahren stieg die Demokratiezufriedenheit um vierzehn Prozentpunkte. Dieser Effekt war allerdings nicht dauerhaft, denn in der Folgezeit ging die Systemzufriedenheit wieder stark zurück. Noch drastischer veränderte sich die Systemzufriedenheit in Frankreich, wo sie im Kontext des Erfolgs der Linksparteien bei der Präsidentschaftswahl 1981 von 35 auf 55 Prozent anstieg. Wie in Großbritannien nach dem Falkland-Konflikt folgte der Euphorie jedoch umgehend eine Desillusionierung. In der Bundesrepublik Deutschland schließlich war mit der Rezession der Jahre 1980 bis 1982 und dem Streit über die Raketenstationierung ein Vertrauensverlust des politischen Systems verbunden, der nach dem Regierungswechsel und der in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eintretenden Verbesserung der Wirtschaftslage gestoppt wurde. Kombiniert man die Variablen „Niveau“ und „Stabilität“ der Systemunterstützung, dann scheint die Nachkriegsdemokratie in der Bundesrepublik Deutschland besonders gefestigt zu sein, jedenfalls wenn man den völlig atypischen Wert aus dem Jahre 1973 unberücksichtigt läßt.

Abbildung 1: Niveau und Stabilität der Demokratiezufriedenheit in den Mitgliedsstaaten der EG

		Niveau		
		niedrig	mittel	hoch
S t a b i l i t ä t	niedrig		Belgien Irland Portugal	
	mittel	Frankreich	Griechenland	Niederlande Dänemark Luxemburg
	hoch	Italien	Großbritannien Spanien	BRD

Das Gegenstück zur Bundesrepublik stellt Italien dar. Dort gehört die Unzufriedenheit mit dem *Funktionieren* des politischen Systems – nicht unbedingt mit den Prinzipien der demokratischen Ordnung – offenkundig zu den dauerhaften Merkmalen der politischen Kultur. Alle übrigen Staaten

liegen in mindestens einem dieser beiden Merkmale nahe beim EG-Durchschnitt.

Ein Teil der Schwankungen der Systemzufriedenheit läßt sich auf Veränderungen der Systemeffektivität, insbesondere auf ökonomische Faktoren, zurückführen. Mit einer Verschlechterung der ökonomischen Rahmenbedingungen sinkt die Systemzufriedenheit. Berücksichtigt man gleichzeitig den Einfluß der Inflationsrate, der Arbeitslosenquote und des Wirtschaftswachstums, dann erweist sich das Wirtschaftswachstum als bedeutungslos, die Inflationsrate hingegen als der wichtigste Parameter. Ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Faktoren und der Systemunterstützung besteht auch auf der Individualebene. Die *Wahrnehmung* der individuellen Wirtschaftslage sowie der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen beeinflußt die Demokratiezufriedenheit in Griechenland, Portugal und der Bundesrepublik Deutschland relativ stark, in Irland, Großbritannien und Luxemburg praktisch nicht. In den meisten Ländern ist die Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Lage wichtiger für die Systemunterstützung als die Zufriedenheit mit den individuellen Lebensverhältnissen. Wie die Zusammensetzung der beiden Ländergruppen zeigt, spielen objektive wirtschaftliche Gegebenheiten keine wesentliche Rolle als Vermittlungsfaktoren zwischen wirtschaftlichen und politischen Einstellungen. In der ersten wie in der zweiten Ländergruppe finden sich arme und reiche, ökonomisch leistungsfähige und leistungsschwache Länder.

Noch von einem dritten Faktor hängt die Systemstabilität ab, nämlich von der Anerkennung des politischen Systems durch alle relevanten gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen. Im Vergleich mit dem politischen Interesse fällt die Einstellung der Angehörigen verschiedener sozialer Schichten, Generationseinheiten usw. zum politischen System, besonders die Präferenz für eine demokratische Ordnung, sehr homogen aus. Soweit sich strukturelle Bestimmungsfaktoren der Systemunterstützung feststellen lassen, sind sie in der Dynamik des Parteienwettbewerbs angelegt. Anhänger der Oppositionsparteien sind im allgemeinen mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Lande unzufriedener als Wähler der Regierungsparteien. Entgegen allen Erwartungen üben die ideologischen Dispositionen der Wähler vor allem in Großbritannien einen relativ starken Einfluß auf die Demokratiezufriedenheit aus. Ansonsten läßt sich eine substantielle Beziehung zwischen den ideologischen Orientierungen und der Systemzufriedenheit nur in Griechenland feststellen. Die in früheren Arbeiten vorgenommene Unterscheidung zwischen den homogen-säkularen politischen Kulturen der angelsächsischen Demokratien und den ideologisierten, gespaltenen Kulturen Kontinentaleuropas entspricht nicht mehr den Bedingungen der siebziger und achtziger Jahre.

Nationale Faktoren, die sich nicht auf die Einbindung der Bürger in bestimmte soziale und politische Kontexte ihrer Gesellschaften zurückführen lassen, spielen für die Demokratiezufriedenheit eine erhebliche Rolle. Nur Griechenland nähert sich bei einer Kontrolle sozio-demographischer und

ideologisch-wertorientierter Kontextfaktoren stärker dem EG-Durchschnitt an. In allen anderen Fällen blieben die nationenspezifischen Strukturen entweder bestehen oder sie verstärkten sich bei einer Kontrolle des Hintergrundes der Befragten sogar geringfügig. Nationale Ereignisse, Strukturen und Traditionen scheinen das Niveau der Systemzufriedenheit in den EG-Staaten erheblich zu beeinflussen.

4.2 Die Unterstützung demokratischer Werte durch die Bevölkerung

Die Unterstützung des politischen Regimes läßt sich keinesfalls auf die Zufriedenheit mit dem politischen Status Quo reduzieren. Als eine wichtige Dimension der Systemunterstützung bezeichnete *Gamson* (1968: 50) die „politische Philosophie“, d.h. die Akzeptanz demokratischer Werte und Normen. Die konkreten Eigenschaften eines demokratischen Wertesystems sind in der Literatur allerdings ebenso umstritten wie in der tagespolitischen Auseinandersetzung. Zwar kommt der Anerkennung der demokratischen Grundwerte Freiheit und Gleichheit sowie bestimmter Verfahrensregeln (Mehrheitsprinzip, freier Wettbewerb, Legitimität der Opposition, demokratische Bestellung der Regierung) der Status allgemein akzeptierter demokratischer Ordnungsprinzipien zu, doch besteht über deren inhaltliche Bedeutung und relative Wertigkeit weder in der Fachwelt noch in der Öffentlichkeit Konsens. Zudem finden abstrakte demokratische Prinzipien in der Öffentlichkeit eine breite Zustimmung, die sich jedoch auflöst, sobald es um die Anwendung demokratischer Werte und Verfahrensnormen in konkreten Handlungssituationen geht oder sobald Zielkonflikte auftreten (vgl. einige Hinweise hierzu bei *Erikson/Luttbeg/Tedin* 1988: 102ff).

Über die Unterstützung demokratischer Werte in Europa gibt es viele ungesicherte Spekulationen, aber nur wenige empirische Erkenntnisse. Den Deutschen und den Italienern sagte man lange Zeit ein zwiespältiges Verhältnis zu den Werten und Normen der Demokratie nach. Frankreich galt lange Zeit als Beispiel einer fragmentierten politischen Kultur, in der ein Teil der Bevölkerung liberale und egalitäre Werte akzeptiere, ein anderer Teil dagegen autoritären Ordnungsvorstellungen verpflichtet sei. Als noch ungesicherter dürfte sich die kulturelle Verankerung demokratischer Werte und Normen in den neuen Demokratien darstellen, in denen die Werte einer liberalen, pluralistischen Demokratie erst seit wenigen Jahren als normative Grundlage des politischen Zusammenlebens fungieren. Als relativ unproblematisch gilt dagegen die Beziehung der Briten, der Dänen und der Niederländer zu den Werten und Normen der Demokratie: Viele Beobachter betrachten die Merkmale Toleranz, Aufgeschlossenheit und Fähigkeit zum rationalen Umgang mit politischen Konflikten als typische Eigenschaften der politischen Kultur dieser Länder. Im Hinblick auf die Forschungslage kommt derartigen Aussagen allerdings bestenfalls der Status

plausibler Annahmen zu. Zudem ist zu fragen, ob die typischen Klischeevorstellungen nicht zu sehr an der Vergangenheit orientiert sind und in Anbetracht der veränderten politischen Bedingungen einer Überprüfung bedürfen.

Die einzige detaillierte Bestandsaufnahme der Einstellung der Bürgerinnen und Bürger der EG-Staaten zu demokratischen Werten stammt aus dem Jahre 1988. In ihr wurde die „politische Philosophie“ durch die Bereitschaft gemessen, Eingriffe in elf verfassungsmäßig verbürgte Grundrechte zu akzeptieren. Der Wertekatalog reichte vom Recht auf freie Meinungsäußerung über das Asylrecht bis zum Recht auf Eigentum, auf Arbeit und auf Bildung (vgl. Tab. A65). Da in diesem Rahmen eine Präsentation der zahlreichen Einzelinformationen nicht möglich ist, werden nachfolgend nur die strukturell bedeutsamsten Ergebnisse der betreffenden Erhebung vorgestellt.

Das Grundrechtsverständnis der Bevölkerung der EG-Staaten läßt sich auf zwei bzw. drei Grunddimensionen abbilden, deren Zusammensetzung zwar von Nation zu Nation variiert, zwischen denen aber dennoch Gemeinsamkeiten bestehen. In sämtlichen zwölf Staaten stellt die Forderung nach sozialen und wirtschaftlichen Grundrechten (Arbeit, Bildung, z.T. Eigentum) eine eigenständige Wertedimension dar, der die breite Mehrheit der Bevölkerung den Status eines politisch nicht antastbaren sozialen Besitzstandes zuweist. Daneben steht in allen zwölf Ländern ein zweiter Wertekomplex, zu dem liberale Grundrechte wie die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit gehören. Einschränkungen dieser Grundrechte akzeptiert die Bevölkerung eher als Eingriffe in die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche. Diese Feststellung gilt für etablierte wie für neue Demokratien. Die nachrangige Bedeutung liberaler Grundrechte zeigt sich auch an der verbreiteten Bereitschaft, eine Zensur bestimmter Bücher zu akzeptieren und an der begrenzten Toleranz gegenüber den Verfechtern radikaler politischer Auffassungen (vgl. Tab. A64 und A66). In keinem der zwölf EG-Staaten besteht ein Konsens über die Unverletzlichkeit traditioneller freiheitlicher Werte.

Außer in Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Portugal ergänzt eine dritte, als kulturelle Entfaltung zu bezeichnende Wertedimension die sozialen und die liberalen Grundrechte. Sie umfaßt die Forderung nach einer eigenen Sprache und Kultur sowie nach Religions- und Gewissensfreiheit. Diese Anliegen rangieren in der Wertschätzung der Öffentlichkeit zwischen den sozialen und den liberalen Grundrechten. Erstaunlicherweise steht die Forderung nach Gleichheit vor dem Gesetz, einem in allen zwölf Staaten außerordentlich hoch bewerteten Gut, in keinem systematischen Zusammenhang mit den übrigen Grundwerten.

Da das Grundrechtsverständnis von Nation zu Nation unterschiedlich ausfällt, besteht kaum die Möglichkeit zu weitergehenden international vergleichenden Analysen. Als ein erstes Ergebnis kann man jedoch festhalten, daß egalitäre und sozio-ökonomische Grundrechte in der Wertehierarchie

der Bevölkerung der zwölf EG-Staaten vor den liberalen Prinzipien rangieren. Eine Korrektur dieses Bildes ergibt sich, wenn man mögliche Konflikte zwischen den Werten Freiheit und soziale Gerechtigkeit in Rechnung stellt und prüft, wie sich die Bevölkerungsmehrheit in derartigen Konfliktsituationen entscheidet. Diese Frage ist nicht zuletzt im Hinblick auf den geistesgeschichtlichen Hintergrund dieser beiden für den modernen Verfassungs- und Sozialstaat wichtigen Prinzipien interessant. Ein Primat freiheitlicher Prinzipien ergibt sich aus der politisch-philosophischen Tradition des bürgerlichen Liberalismus, egalitäre Ziele haben ihren Ursprung im demokratischen Sozialismus.

Gemessen an den Präferenzen der Bevölkerungsmehrheit läßt sich die politische Kultur der meisten EG-Staaten relativ eindeutig dem egalitären bzw. liberalen Pol zuordnen. Ausnahmen hiervon bilden die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Portugal, in denen beide Werte eine etwa gleich starke Unterstützung finden. Abgesehen von Luxemburg und Irland dominieren in den etablierten europäischen Demokratien sowie in Griechenland die liberalen Werte. Demgegenüber herrscht der Typus der egalitären politischen Kultur außer in Irland und Luxemburg in Spanien und Italien vor. Im Konfliktfall zeigt sich gerade in den klassischen Demokratien eine überdurchschnittliche Akzeptanz freiheitlicher Werte. Auffälligerweise weist außer Belgien kein katholisches Land eine Dominanz liberaler Werte auf (vgl. auch die Befunde bei *Merkel* 1988: 34f.). Sozio-demographische und ideologische Faktoren sind für die Ausprägung nationaler Werteprofile unerheblich. Sie tragen auch nichts dazu bei, die bestehenden Unterschiede zwischen den zwölf Staaten abzuschwächen.

4.3 Die Beziehungen der Bevölkerung zur politischen Gemeinschaft

4.3.1 *Der Nationalstolz*

In einer langfristig angelegten Betrachtung stellt sich die Demokratie als ein Ordnungsmodell dar, zu dem die Bürgerinnen und Bürger der meisten Staaten Westeuropas erst im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts eine positive affektive Beziehung entwickelten. Wesentlich älteren Datums dürfte die Loyalität zur Nation sein. In der Blütezeit des Nationalstaates, im 19. und frühen 20. Jahrhundert, waren die Strukturen einer liberalen Demokratie noch in keinem der heutigen EG-Mitgliedsstaaten vollständig entwickelt. Einige von ihnen – wie Deutschland und die südeuropäischen Länder – mußten vor der Etablierung demokratischer Ordnungen noch eine autoritäre oder totalitäre Entwicklungsphase durchlaufen.

Abgesehen von ihrer zeitlichen Abfolge standen die Symbole des Nationalstaates und der Demokratie in der neueren europäischen Geschichte in einer unterschiedlichen Beziehung. In den älteren europäischen Demokratien entwickelte sich bereits während des 19. Jahrhunderts eine Syn-

these zwischen nationalstaatlichen und liberal-demokratischen Werten. In anderen Staaten, vor allem in Deutschland, standen die Symbole der Demokratie und des Nationalstaates in einem Spannungsverhältnis. Nach dem Scheitern der Revolution von 1848 zerfiel die Einheit von nationaler und konstitutioneller Bewegung. Die Führung des preußischen Staates propagierte den autoritären Nationalstaat als deutsches Gegenmodell zu den im Demokratisierungsprozeß befindlichen Regimen Westeuropas. Die Diskreditierung nationaler Werte durch den Nationalsozialismus, die Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und die anschließende nationale Teilung führten zu einem Wegfall der Nation als Integrationsymbol. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte eine kulturelle Integration der Bundesrepublik Deutschland in den Kreis der demokratischen Verfassungsstaaten westlicher Prägung. Mit dem Fortschreiten dieses Prozesses übernahmen die Werte und Normen der Demokratie zunehmend die zuvor durch das Nationalstaatsprinzip erfüllte integrative Funktion. Obgleich die politische Entwicklung Italiens in mancher Hinsicht der Deutschlands gleicht, scheint in diesem Lande weder der demokratische Verfassungsstaat noch die Idee der Nation eine nachhaltige Integrationskraft entfaltet zu haben. In Spanien und Portugal dauerte die Verbindung von autoritären und nationalstaatlichen Prinzipien noch länger an als in Deutschland und in Italien. Belgien schließlich gehört zu den Staaten, in denen zwar relativ früh demokratische Strukturen entstanden, in Folge des Konfliktes zwischen Flamen und Wallonen dürfte die Idee der Nation allerdings kaum integrative Wirkungen entwickeln. Angesichts dieser unterschiedlichen nationalen Entwicklungsmuster gehört die Analyse der Beziehung der Bevölkerung zur Nation sicher zu den besonders interessanten Problemen der Einstellungsforschung.

Für den Zeitraum zwischen 1981 und 1988 liegen mehrere Untersuchungen über die Bindung der Bürgerinnen und Bürger an ihre Nation vor, in denen allerdings ausnahmslos die umstrittene Frage nach dem Nationalstolz zum Einsatz kam. Im Durchschnitt aller zwölf Länder gaben vier von fünf Befragten an, stolz auf die Zugehörigkeit zu ihrer Nation zu sein (vgl. Tab. A71). Der Umstand, daß dieser Anteil erheblich über der Demokratiezufriedenheit liegt, stützt *Westles* (1989: 201ff.) Annahme, die politische Gemeinschaft rangiere in der Hierarchie der Unterstützungsobjekte an oberster Stelle.

Erwartungsgemäß fiel die affektive Bindung der Bürgerinnen und Bürger an nationalstaatliche Symbole in der Bundesrepublik Deutschland und in Belgien besonders schwach aus. Die Gruppe von Ländern mit einem überdurchschnittlich starken Nationalstolz erwies sich als ausgesprochen heterogen. An der Spitze lag Griechenland, gefolgt von Spanien, Portugal, Großbritannien, Irland und Luxemburg. Der starke Nationalstolz der Spanier und Portugiesen könnte auf die lange Persistenz autoritär-nationalistischer Regime zurückgehen. Der für England ermittelte Befund deckt sich mit den Ergebnissen früherer Studien. Die übrigen Länder liegen relativ dicht beim EG-Durchschnitt (vgl. auch: *Merkel* 1988: 26ff.).

Die unterschiedliche Entwicklung der EG-Staaten im 19. und 20. Jahrhundert stützt die Folgerung, daß das Symbol „Nation“ sich nicht in allen Ländern gleichermaßen zur Integration der Bevölkerung in die politische Gemeinschaft eignet. Hierfür sprechen auch die zum Teil sehr deutlichen Zusammenhänge zwischen dem Nationalstolz und anderen Elementen des individuellen Überzeugungssystems. In fast allen EG-Staaten identifizieren sich vor allem solche Personen überdurchschnittlich mit nationalen Symbolen, die sich ideologisch als rechts einstufen, eine starke religiöse Bindung sowie materialistische Wertorientierungen aufweisen. Demnach ist das Nationalbewußtsein relativ fest in ein konservatives Weltbild eingefügt. Außer in Belgien, wo der Nationalstolz mit dem Bildungsniveau steigt, ist in allen EG-Staaten die entgegengesetzte Konstellation zu beobachten. Dieses Ergebnis reflektiert die besondere Situation Belgiens. Anders als in den übrigen europäischen Staaten übernehmen hier statt der Nation die Sprachgemeinschaften der Flamen und Wallonen die Funktion eines Trägers vor-moderner Loyalitäten. Besonders eng hängen die nationalstaatlichen Identifikationen der Briten, Spanier, der Bundesbürger und Griechen mit traditionellen Werten sowie einer niedrigen formalen Schulbildung zusammen, doch auch in den anderen Staaten sind diese Beziehungsmuster zumindest ansatzweise feststellbar.

Wie die Demokratiezufriedenheit gehört der Nationalstolz zu den relativ stark von nationalen Bedingungen beeinflussten Einstellungen. Bei Kontrolle der bekannten Hintergrundvariablen büßt die nationale Zugehörigkeit nur in Griechenland und Irland etwas von ihrer Relevanz als Bestimmungsfaktor der gefühlsmäßigen Bindung an die Nation ein. In allen anderen Staaten bleiben die beschriebenen nationalen Muster praktisch unverändert erhalten.

4.3.2 Das Vertrauen zu den Mitbürgern

In Anbetracht der unterschiedlichen kulturellen und politischen Traditionen der EG-Staaten sollte man die Beziehungen der Bevölkerung zur politischen Gemeinschaft nicht ausschließlich am Nationalstolz messen. In Ländern, in denen die Nation als Integrationssymbol entfällt, können andere Symbole diese Funktion übernehmen. Dementsprechend führten *Almond/Verba* (1965: 227ff.) neben dem Nationalstolz weitere Indikatoren für die Bindung der Bevölkerung an die politische Gemeinschaft ein, u.a. das Vertrauen zu den Mitbürgern. Diese Einstellung hatte bereits in *Almonds* (1956) Unterscheidung zwischen homogenen und fragmentierten politischen Kulturen eine wichtige Rolle gespielt. In seinen Arbeiten über die Chancen einer stabilen Demokratie in fragmentierten Gesellschaften griff *Lijphart* (1977) diese Überlegungen auf. Er machte darauf aufmerksam, daß kulturell heterogene Gesellschaften besondere Arrangements zur Integration der

gesellschaftlichen und politischen Gruppen in die politischen Gemeinschaften benötigen.

Das interpersonale Vertrauen wurde in zwei 1981 und 1985 durchgeführten Umfragen erhoben (vgl. Tab. A70). Auf dieser Grundlage erscheint es selbst beim Anlegen großzügiger Maßstäbe nicht gerechtfertigt, einen der zwölf EG-Staaten als Land mit einer homogenen politischen Kultur zu beschreiben. Im Durchschnitt aller zwölf Staaten gab nur jeder dritte Befragte an, seinen Mitmenschen zu vertrauen. Allein in Dänemark war das interpersonale Vertrauen weiter verbreitet als das Mißtrauen gegenüber den Mitbürgern. Ein im EG-Maßstab überdurchschnittliches zwischenmenschliches Vertrauen wiesen nur die Holländer, Briten und Griechen auf. Erheblich unter dem EG-Durchschnitt lagen Belgien, Italien, Frankreich und Portugal. Die zwischen den beiden Erhebungen auftretende, z.T. starke Fluktuation begründet allerdings Zweifel an der Brauchbarkeit des Indikators.

Starke intragesellschaftliche Unterschiede im Vertrauen zu den Mitbürgern lassen sich nicht feststellen. Das Vertrauen oder Mißtrauen zu den Mitbürgern gehört somit zu den generellen, in besonderen nationalen Traditionen verwurzelten, aber auch von konkreten Situationen beeinflussten Aspekten der politischen Kultur eines Landes. Am stärksten beeinflussen die soziale Herkunft und die politisch-ideologischen Dispositionen der Bevölkerung das zwischenmenschliche Vertrauen in Frankreich, Dänemark und den Niederlanden, doch treten auch in diesen Ländern nur schwache Beziehungen auf. Als einzige Variable steht das Bildungsniveau in anderen Staaten in einer systematischen Beziehung zum Vertrauen zu den Mitbürgern. Mit der formalen Bildung steigt das interpersonale Vertrauen, Mißtrauen gegenüber der Umwelt ist vor allem für formal wenig Gebildete typisch.

4.4 Die langfristige Entwicklung der Systemorientierungen

Leider besteht nur für die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Großbritannien die Möglichkeit, die Befunde aus den siebziger und achtziger Jahren mit den Ergebnissen älterer Studien zu vergleichen. Im Rahmen der Civic Culture-Studie ermittelten *Almond* und *Verba* (1965: 64ff.) die affektive Systembindung durch eine offene Frage nach dem Stolz der Bürger auf einzelne Attribute ihrer Nation. Die damit erhobene Einstellung indiziert vermutlich zugleich eine Bindung an das politische Regime und die politische Gemeinschaft.

Das Ergebnis entsprach weitgehend den Erwartungen. In Großbritannien, dem Mutterland der Demokratie, war die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem politischen System relativ stark. 46 Prozent gaben an, stolz auf die politischen Institutionen bzw. das Regierungssystem zu sein, weitere 39 Prozent nannten ein Identifikationsobjekt mit mittelbar

politischem Bezug (Sozialgesetzgebung, Wirtschaftssystem, internationale Stellung des Landes). Lediglich zehn Prozent ließen keine inhaltlich definierbare Gefühlsbindung an das politische System erkennen. Im Gegensatz dazu standen die politischen Einstellungen der Italiener, von denen eine breite Mehrheit erklärte, auf „gar nichts“ stolz zu sein. Auf die politischen Institutionen entfielen lediglich drei Prozent der Nennungen, weitere sechs Prozent wiesen eine über wirtschaftliche bzw. soziale Leistungen vermittelte, instrumentelle Systembindung auf. Anders als in Italien spielten in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre instrumentelle Motive eine wichtige Rolle für die Systemunterstützung (44 %), jedoch war die affektive Bindung an das politische Regime nicht wesentlich stärker als in Italien (7 %). Auch in der Bundesrepublik gab es eine starke Minderheit (15 %), der jede inhaltlich definierbare affektive Beziehung zu Politik und Gesellschaft fehlte. Auch im Hinblick auf das Vertrauen zu den Mitbürgern bestätigten die Civic Culture-Daten die Erwartungen. Großbritannien unterschied sich in dieser Hinsicht beträchtlich von Deutschland und Italien (*Almond/Verba* 1965: 227ff.).

Auf der Basis dieser Befunde interpretierten *Almond* und *Verba* die Systemorientierung der Briten als kongruent mit den Funktionserfordernissen der Demokratie. In Deutschland und Italien sahen sie dagegen eine Spannung zwischen den Systemorientierungen und den politischen Strukturen. Zwar bescheinigten sie den Bundesbürgern eine instrumentell begründete Bindung an das politische System. Die von einer Demokratie zum Überleben in Krisenzeiten benötigte „Regen- und Sonnenschein-Unterstützung“ konnten sie in der damaligen Bundesrepublik jedoch nicht erkennen. Es lag also nahe, die Bundesrepublik als eine Schönwetterdemokratie zu apostrophieren. In Italien konstatierten *Almond* und *Verba* weder eine affektive noch eine instrumentelle Bindung an das politische System, sondern eine weitverbreitete Entfremdung der Bevölkerung von den demokratischen Strukturen und Prozessen (vgl. *Almond/Verba* 1965: 192ff.).

Vergleicht man diese Bestandsaufnahme der politischen Orientierungen im ersten Nachkriegsjahrzehnt mit neueren Befunden, dann überwiegt in Italien die Kontinuität, in der Bundesrepublik und in Großbritannien der Wandel. Auch in den achtziger Jahren stehen die Italiener bestimmten Aspekten ihres politischen Systems außerordentlich kritisch gegenüber. Ohne eine detaillierte Prüfung der Motive der Systemkritik ist es aber unzulässig, hierin eine Gefährdung der Funktionsfähigkeit der Demokratie zu sehen. In diesem Sinne charakterisiert *Sani* (1980: 309) die Beziehung der Italiener zur Politik als realistischen Pessimismus: „Um es einfach zu sagen: Die Bürger mögen das System weniger, weil sie mehr darüber wissen“ (Übers. OWG.; vgl. auch: *La Palombara* 1987: 98ff., 259ff.).

Die in der Bundesrepublik und in Großbritannien eingetretenen Veränderungen stehen unter gegensätzlichen Vorzeichen. Während *Almond/Verba* am Ende der fünfziger Jahre Großbritannien noch als Modell einer

„Civic Culture“ eingestuft hatten, gehört es in den achtziger Jahren nicht mehr zu den europäischen Ländern, in denen die Bevölkerung eine besonders enge, stabile und situationsunabhängige Bindung an das politische System aufweist. Offenkundig haben die langfristigen Leistungsdefizite der britischen Politik ihre Spuren in den Einstellungen der Bevölkerung zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft hinterlassen (vgl. auch: *Kavanagh* 1980; *Topf* 1989). Die Bundesrepublik Deutschland nahm den umgekehrten Weg. Ein dauerhaft hohes sozio-ökonomisches Leistungsniveau schuf die Voraussetzungen für ein Arrangement der Bevölkerung mit den Strukturen und Prozessen einer liberalen Demokratie westlicher Prägung (vgl. *Baker/Dalton/Hildebrandt* 1981; *Gabriel* 1986: 279ff.).

Natürlich lassen die für diese Arbeit verfügbaren Daten nur vorläufige Aussagen über die Unterstützung des politischen Regimes und die politischen Gemeinschaften durch die Bevölkerung und einzelne gesellschaftliche Gruppen zu. Neben den hier benutzten Indikatoren würden für eine theoretisch angemessene Analyse weitere Informationen über die Bewertung einzelner politischer Objekte sowie über das Vertrauen zwischen einzelnen gesellschaftlichen Gruppen benötigt, die aber leider nicht zur Verfügung stehen. Zusätzlich wäre es im Interesse verlässlicher Informationen über den Wandel der Systemkultur wünschenswert, wenn über einen längeren Zeitraum vergleichbare Daten zur Verfügung stünden. Auch dies ist nicht der Fall.

5. Das Vertrauen der Bevölkerung zu einzelnen politischen Institutionen

Die bisherigen Analysen bezogen sich auf von den alltäglichen Wahrnehmungen und Bewertungen der Bevölkerung relativ weit entfernte politische Sachverhalte. Für zahlreiche Personen stellen sich die politische Ordnung, die politischen Grundwerte und die Nation als abstrakte Größen dar. Konkrete Erfahrungen mit der Politik sind zumeist über spezifische politische Akteure, Strukturen, Prozesse, Organisationen oder Leistungen vermittelt, die vermutlich auch die generelle Beziehung zum politischen System beeinflussen. Wenn diese Annahme zutrifft, dann ist es zweckmäßig, die bisherigen Analysen um stärker in den politischen Alltagserfahrungen verwurzelte Aspekte der politischen Kultur zu ergänzen.

Als Zugang hierzu bietet sich die Untersuchung der Einstellungen zu Institutionen und Verfahren der Verfassung an. Obgleich eine solche Analyse durch die z.T. erheblichen Unterschiede in der institutionellen Ordnung der EG-Staaten erschwert wird, existiert in ihnen ein gemeinsamer Bestand an Strukturen, die als Ausgangspunkt einer vergleichenden Analyse politischer Einstellungen dienen können. In allen zwölf Nationen erfüllt das Parlament legislative Funktionen, unabhängige Gerichte sprechen Recht, und eine mit Exekutivfunktionen befaßte, unter der Leitung der Regierung

stehende Staatsverwaltung tritt der Bevölkerung als Träger staatlicher Leistungen gegenüber. Da die Einstellungen der Bevölkerung zu diesen Institutionen nicht nur tagespolitische Gegebenheiten, sondern auch die besonderen politischen Traditionen der untersuchten Länder widerspiegeln, erscheint die Untersuchung des Vertrauenscredits, über den sie in der Öffentlichkeit verfügen, sinnvoll. Auf die Bedeutsamkeit der rechts- und verwaltungsstaatlichen Tradition Preußen-Deutschlands für die nach dem Zweiten Weltkrieg festgestellte Untertanenkultur der Bundesrepublik hatten bereits *Almond* und *Verba* (1965: 182ff.) verwiesen. Auch die politische Kultur Frankreichs dürfte stark von administrativ-legalistischen Traditionen und einem entsprechend hohen Vertrauenscredit der Verwaltung und der Gerichte in der Bevölkerung geprägt sein. Die für Großbritannien typische frühzeitige Etablierung einer Herrschaft des Parlaments stand demgegenüber nicht im Gegensatz zu bürokratisch-rechtsstaatlichen Strukturen, vielmehr kam es relativ früh zu einer Verbindung zwischen diesen Strukturprinzipien einer modernen politischen Ordnung (vgl. auch: *Almond/Verba* 1965: 177ff.; *Jessop* 1975). Die politische Kultur der Beneluxstaaten und Dänemarks dürfte in dieser Hinsicht der Großbritanniens ähneln. Im Falle Italiens stellt sich die Frage, ob der negativen Einstellung zum Funktionieren der Demokratie eine ähnliche Bewertung spezifischer politischer Institutionen entspricht (vgl. auch: *Almond/Verba* 1965: 283ff.; *La Palombara* 1965: 282ff.). Über das Institutionenvertrauen in den neuen Demokratien schließlich kann man nur spekulieren. Am ehesten erscheint die Vermutung gerechtfertigt, daß sich in ihnen – ähnlich wie in Deutschland – eine langsame Entwicklung von einer obrigkeitstaatlichen zu einer staatsbürgerlich-demokratischen politischen Kultur vollzieht, daß derzeit aber noch die obrigkeitliche Komponente vorherrscht.

Obgleich die Vertrauensbeziehungen der Bürgerinnen und Bürger zu den zentralen politischen Institutionen von Land zu Land variieren, läßt sich ein gemeinsamer Befund festhalten: In allen Staaten, für die entsprechende Daten vorlagen, standen die Gerichte vor der Verwaltung und vor dem Parlament an der Spitze der Vertrauenshierarchie (vgl. Tab. A72). In der Bundesrepublik Deutschland, Spanien und den Niederlanden war das Vertrauen zum Parlament stärker ausgeprägt als das zur Verwaltung. In Belgien, Dänemark, Irland, Frankreich, Großbritannien und Italien kehrte sich diese Reihenfolge um. Ausgesprochen unterschiedlich fiel das Vertrauensniveau in diesen neun Ländern aus. Mehr als drei Viertel der Dänen und über 60 Prozent der Bundesbürger bekundeten Vertrauen zu den Gerichten. Demgegenüber lag der betreffende Anteil in Großbritannien, den Niederlanden, Italien und Spanien unter 50 Prozent. Das Parlament erhielt die günstigste Einschätzung in Irland und in der Bundesrepublik Deutschland, die ungünstigste in Italien und Belgien. Hinsichtlich des Vertrauens zur Verwaltung lagen Irland und Frankreich an der Spitze, die Bundesrepublik Deutschland und Italien am Ende der Skala. Vergleicht man diese Ergebnisse mit den aus der Tradition der Länder ableitbaren

Erwartungen, dann ergeben sich einige Überraschungen, z.B. das geringe Verwaltungstrauen der Deutschen und die allenfalls mäßig positive Einstellung der Briten zum Parlament. Leider liegen keine brauchbaren Vergleichsdaten vor, mit deren Hilfe sich prüfen ließe, inwieweit diese Befunde situationsgeprägt bzw. genereller Natur sind.

Für Spanien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Großbritannien stehen weitere Daten über das Vertrauen zur amtierenden Regierung zur Verfügung. Im Jahre 1985 war das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur amtierenden Regierung in allen fünf Ländern von starkem Mißtrauen geprägt (vgl. Tab. A80). Der in der Bundesrepublik ermittelte Anteil von 37 Prozent positiver Einstellungen zur Regierung lag niedriger als in jeder anderen mir bekannten Umfrage. In Italien, Frankreich und Spanien vertraute etwa jeder Dritte, in Großbritannien nur jeder Vierte der Regierung. Mit Einschränkungen lassen sich die Antworten auf eine weitere, in den Jahren 1986 und 1988 gestellte Frage nach dem Gefühl der Befragten, von „mächtigen Personen“ ausgenützt zu werden, als Indikatoren des Regierungstrauens interpretieren. Zwar bezieht sich diese Einschätzung nicht ausdrücklich auf die Regierung, doch stellt diese eine wichtige Teilgruppe der gesellschaftlichen Machtelite dar. Das für die Bewertung der Führungsgruppen maßgebliche Kriterium ist auch in den einschlägigen Fragen zum Regierungstrauen als Stimulusobjekt enthalten (vgl. Gamson 1968: 42ff.).

Die empirischen Befunde fügen sich gut in das bisher beschriebene Bild ein. Im Durchschnitt der beiden Erhebungen genießen die gesellschaftlichen Führungsgruppen in Portugal und Dänemark das größte, in Italien das geringste Vertrauen. In fünf Ländern veränderten sich Vertrauensbeziehungen zwischen der Bevölkerung und den Eliten im untersuchten Zeitraum deutlich (vgl. Tab. A59). Davon weisen Luxemburg, Portugal und Griechenland einen positiven, die Bundesrepublik Deutschland und Spanien einen negativen Trend auf.

Leider besteht nur für wenige Länder die Möglichkeit, die in der Mitte der achtziger Jahre erhobenen Daten mit den Ergebnissen früherer Studien zu vergleichen. Mit der Frage, ob das Land zum Wohle der gesamten Bevölkerung oder einiger mächtiger Interessengruppen regiert werde, enthielt die Political-Action-Studie einen mit den EUROBAROMETER-Erhebungen vergleichbaren Indikator. Die neueren Befunde stimmen insofern mit denen aus der Mitte der siebziger Jahre überein, als das Regierungstrauen in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden erheblich stärker ausgeprägt war als in Italien und in Großbritannien. Zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden bestand in den neueren Umfragen nur ein geringfügiger Unterschied, zehn bzw. fünf Jahre zuvor hatte das Vertrauensniveau der Bundesbürger noch deutlich über dem ihrer Nachbarn gelegen. Großbritannien war sowohl 1973/76 als auch 1986/88 von Italien durch ein beträchtliches Vertrauensgefälle getrennt. Dennoch lassen sich in Großbritannien schon in den siebziger Jahren

Anzeichen für eine Erosion der Vertrauensbeziehung zwischen der Bevölkerung und den politischen Eliten feststellen, die *Kavanagh* (1980: 156ff.) als grundlegenden Wandel der politischen Kultur Großbritanniens interpretiert hatte (vgl. auch: *Topf* 1989: 59f.). Weitere Daten geben Aufschluß über die mittelfristige Entwicklung der Vertrauensbeziehung der Bevölkerung zu den politischen Führungsgruppen. Wie ein Vergleich der EURO-BAROMETER-Daten aus dem Jahre 1985 mit denen der Political-Action-Studie zeigt, trat in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien ein geradezu dramatischer Verfall des Regierungsvertrauens ein, der in der zunehmenden Stimmenthaltung bei Wahlen und im rückläufigen Stimmenanteil der etablierten Parteien eine Entsprechung findet. Italien weist erneut eine entgegengesetzte Entwicklung auf. Während 1976 nur zwölf Prozent der Italiener angaben, der Regierung zu vertrauen, lag dieser Anteil 1985 fast dreimal so hoch. Überraschenderweise steht die Einstellung zu den Führungsgruppen in keinem der zwölf Länder in einem engen Zusammenhang mit der Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum, der Religiosität, dem Materialismus-Postmaterialismus-Phänomen oder sozio-demographischen Merkmalen. Allenfalls vereinzelt zeigen sich Beziehungen zwischen der Einstellung zu den gesellschaftlichen Eliten und den genannten Hintergrundvariablen. Sie sind aber schwach, unsystematisch und theoretisch kaum zu interpretieren. Insofern bleiben bei Kontrolle dieser Faktoren die nationalen Eigenarten in der Beziehung der Bevölkerung uneingeschränkt bestehen.

6. Partizipative Orientierungen: Das bürgerliche Selbstbewußtsein und die Einstellungen zur Zugänglichkeit der politischen Führung

In den bisherigen Analysen war ein wichtiger Aspekt der politischen Kultur liberaler Demokratien noch unberücksichtigt geblieben: die partizipative Komponente der Politik. Die auf sie gerichteten Orientierungen betreffen das Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger als aktive Teilnehmer am politischen Prozeß (interne Effektivität) und die Überzeugung von der Offenheit und Verantwortlichkeit der politischen Führung gegenüber der Bevölkerung (externe Effektivität). Unter der Bezeichnung „Gefühl politischer Effektivität“ untersuchten *Campbell* u.a. (1971: 218ff.) diese Einstellungen bereits in den US-amerikanischen Wahlstudien der fünfziger Jahre. In der Civic Culture-Studie beschäftigten sich *Almond* und *Verba* (1965: 136ff.) ebenfalls mit dem staatsbürgerlichen Kompetenzbewußtsein und stellten dabei erhebliche Unterschiede zwischen den anglo-amerikanischen und den kontinentaleuropäischen Staaten fest, vor allem hinsichtlich der Wahrnehmung von Einflußmöglichkeiten auf die nationale Politik. Die Einschätzung der Bundesrepublik Deutschland als Untertanenkultur

stützte sich hauptsächlich auf die große Diskrepanz zwischen der „Untertanen“- und der „Staatsbürgerkompetenz“. Dagegen begründeten *Almond/Verba* die Beschreibung Großbritanniens als partizipative politische Kultur mit dem Gleichgewicht zwischen Input- und Output-Orientierungen. Die neuere Geschichte dieser beiden Länder verleiht diesen Aussagen eine gewisse Plausibilität. Wie England wies Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert eine leistungsfähige Verwaltung und einen funktionierenden Rechtsstaat auf. Ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Ländern bestand jedoch in den Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung. In Deutschland waren die formal bestehenden Mitwirkungsrechte praktisch wirkungslos, in Großbritannien etablierte sich demgegenüber bereits in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ein gut funktionierender Parteienwettbewerb, der der wahlberechtigten Bevölkerung einen gewissen Einfluß auf die Auswahl der politischen Führung und die von ihr betriebene Politik eröffnete.

Daß das im ersten Nachkriegsjahrzehnt ermittelte Kompetenzgefälle auch gegenwärtig noch besteht, ist zu bezweifeln. Im Zuge der von *Almond/Verba* (1965:3) vorausgesagten „partizipatorischen Revolution“ dürfte sich das Kompetenzgefälle zwischen den traditionsreichen Demokratien und den Staaten Kontinentaleuropas verringert haben. Hierfür spricht auch die Tatsache, daß in Deutschland und Italien zum Zeitpunkt der Civic Culture-Studie die Erfahrungen mit den totalitären Regimen der Zwischenkriegszeit noch ziemlich gegenwärtig waren. Die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eingetretenen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen begünstigten mit großer Wahrscheinlichkeit einen Anstieg des politischen Kompetenzbewußtseins in allen Ländern der westlichen Welt. Dies zeichnete sich bereits in der Political-Action-Studie ab: 1973/76 nahmen die Niederlande zwar im Hinblick auf das Gefühl interner und externer Effektivität die Spitzenposition unter den vier untersuchten EG-Staaten ein, zwischen ihnen, Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und Italien bestand jedoch kein großes Kompetenzgefälle (vgl. Tab. A54).

Die ersten für die gesamte EG verfügbaren Umfragedaten vermitteln ein ähnliches Bild. Die Frage, ob man etwas zur Verbesserung der Lage beitragen könne, wenn die Dinge im eigenen Lande schlecht liefen, beantworteten zwischen 1973 und 1982 in der Bundesrepublik Deutschland mehr Befragte positiv als in Großbritannien. An der Spitze der EG-Staaten rangierte – wie schon häufig – Dänemark, am Ende Belgien (vgl. Tab. A56). Deutlich über dem EG-Durchschnitt lag weiterhin der in Irland ermittelte Wert. Neben den Belgiern wiesen die Franzosen und die Luxemburger ein im EG-Maßstab schwach entwickeltes Gefühl politischer Kompetenz auf. Die in den übrigen Staaten festgestellten Einstellungen wichen nur geringfügig vom Durchschnittswert ab.

Zwei 1986 und 1988 eingesetzte Indikatoren ähneln den üblicherweise zur Messung des Effektivitätsbewußtseins benutzten Instrumenten. Hierbei

handelt es sich um die Auffassung, die eigene Meinung zähle etwas (interne Effektivität) sowie um die Überzeugung, die Regierenden kümmerten sich um den Normalbürger (externe Effektivität). In den meisten EG-Staaten hängen diese beiden Einstellungen eng miteinander zusammen und können zu einem Index verbunden werden (vgl. Tab. A57 und A81).

Im Vergleich mit den Ergebnissen anderer Untersuchungen (vgl. *Van Deth/Horstmann* 1989: 72ff.; *Gabriel* 1986: 201ff.; *Topf* 1989: 55ff.) befindet sich die staatsbürgerliche Kompetenz in der Mitte der achtziger Jahre auf einem sehr niedrigen Niveau. Im Durchschnitt aller EG-Staaten war nicht einmal jeder Fünfte von seinen Einflußmöglichkeiten überzeugt. Noch verhältnismäßig positiv fiel das Bild in Portugal und Dänemark aus, besonders weit unter dem EG-Durchschnitt lagen Belgien und die Niederlande, in den übrigen Staaten wurden durchschnittliche Werte gemessen. Diese Befunde überraschen nicht allein im Hinblick auf das niedrige Kompetenzniveau, sondern auch wegen der Position einzelner Länder. Angesichts der langen obrigkeitsstaatlichen Tradition und des vergleichsweise geringen sozio-ökonomischen Entwicklungsniveaus Portugals ist die Spitzenposition dieses Landes völlig unplausibel. Unter umgekehrten Vorzeichen lassen sich dieselben Vorbehalte gegen das in den Niederlanden ermittelte Ergebnis geltend machen. Die Abweichungen der Ergebnisse von den Erwartungen, aber auch von den Befunden anderer Studien, begründen Zweifel an der Brauchbarkeit des Erhebungsinstruments. Dem stehen jedoch einige Übereinstimmungen mit den Ergebnissen anderer Untersuchungen gegenüber. So bestand in allen Ländern (außer in Luxemburg und den drei neuen südeuropäischen Demokratien) ein positiver Zusammenhang zwischen der politischen Effektivität und dem Bildungsniveau, der auf die Sozialisationsfunktion einer qualifizierten Schulbildung verweist (vgl. schon ähnlich: *Almond/Verba* 1965: 159ff.).

Sozialstrukturelle und ideologische Faktoren schwächen die nationenspezifische Ausprägung des Effektivitätsbewußtseins im allgemeinen nicht ab. Die einzige Ausnahme von dieser Regel bildet Irland, wo sich bei einer Kontrolle von Bildung, Geschlecht, Religiosität usw. die Bedeutung der Variablen „Nation“ in der internationalen vergleichenden Analyse sogar noch verstärkte. In Irland sind die partizipativen Orientierungen in allen sozialen Gruppen wesentlich schwächer ausgeprägt als in vergleichbaren Bevölkerungsgruppen der anderen Länder.

Wegen der unbefriedigenden Datenlage sind kaum verlässliche Aussagen über die Struktur oder gar die Entwicklung des staatsbürgerlichen Kompetenzbewußtseins in den EG-Mitgliedsstaaten möglich. Stützte man sich ausschließlich auf die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erhobenen Daten, bestünde eine beträchtliche Kluft zwischen dem Leitbild einer partizipativen politischen Kultur und den tatsächlichen Gegebenheiten. Dieser Eindruck schwächt sich jedoch bei einer Verbreiterung der Datenbasis ab, was zumindest für einige Länder möglich ist. Zwar schätzt sich auch in diesem Falle nur eine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger als

politisch einflußreich ein, aber die Werte liegen zum Teil erheblich unter denen der EUROBAROMETER. Problematisch ist des weiteren die stark überdurchschnittliche Rekrutierung der politisch Kompetenten aus den höheren Bildungsschichten. Dennoch deuten sämtliche verfügbaren Daten auf eine Stärkung der partizipativen Komponente der politischen Kultur der EG-Mitgliedsstaaten hin.

7. Die Partei-Identifikation

Nach Auffassung einiger Beobachter geht der Anstieg des politischen Selbstvertrauens der Bevölkerung mit einer neuen Sichtweise traditioneller Organisationen und Institutionen der Interessenvermittlung einher. Die intermediären Organisationen, insbesondere die politischen Parteien und die Interessenverbände, büßten ihre dominierende Rolle als Bindeglieder zwischen der Bevölkerung und den politischen Führungsgruppen ein. Die Bürgerinnen und Bürger gingen zunehmend dazu über, ihre Interessen gegenüber den politischen Führungsgruppen selbständig zu artikulieren und durchzusetzen. *Inglehart* (1990: 335ff.) charakterisiert diesen Wandel im politischen Aktionsstil als Übergang von einer elitengesteuerten zu einer die Eliten herausfordernden Form politischer Aktivität.

Vor dem Hintergrund einer veränderten Interpretation der Staatsbürgerrolle ist auch die Diskussion über die Zukunft des Parteien- und des Verbändestaates zu sehen. In den Vereinigten Staaten wie in Westeuropa gibt es seit einiger Zeit eine intensive Debatte über die Krise des Parteienstaates, die sich an Phänomenen wie der abnehmenden Wahlbeteiligung, dem Entstehen neuer Parteien, kurz: der zunehmenden Instabilität im Wählerverhalten festmachen läßt (vgl. die Beiträge in *Crewe/Denver* 1985).

In der Analyse des Verhältnisses der Bevölkerung zu den politischen Parteien spielt das Konzept der Partei-Identifikation eine wichtige Rolle. Ursprünglich wurde es in die Wahlforschung eingeführt, um die Stabilität des Wählerverhaltens in sich verändernden politischen Kontexten zu erklären. Als Partei-Identifikation bezeichnete man eine langfristig stabile, von konkreten politischen Ereignissen, Inhalten und Akteuren weitgehend unabhängige Bindung an eine bestimmte Partei, eine Art „psychologische Parteimitgliedschaft“. Unabhängig von ihrer Bedeutung für die Wahlentscheidung schreibt man dieser Einstellung weitere Funktionen für das politische System und für die einzelnen politischen Akteure zu. Demnach fördert sie die individuelle Meinungsbildung und das politische Urteilsvermögen, regt zur politischen Partizipation an, schützt das politische System vor dem Aufkommen neuer politischer Gruppierungen und trägt insofern zu seiner Stabilisierung bei (vgl. *Abramson* 1983: 72ff.). Ein Niedergang der Partei-Identifikation könnte demnach die politische Ordnung der westlichen Demokratien destabilisieren.

Die Tragweite des Zerfalls der Partei-Identifikation dürfte allerdings

von Land zu Land variieren. Während die politischen Parteien in Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark seit langem eine wichtige Rolle bei der Integration der Bevölkerung in das politische System spielen, verweisen Beobachter der politischen Entwicklung Deutschlands und Frankreichs auf einen traditionellen, bis heute anhaltenden Antiparteienaffekt. Auch die Bedeutung von Parteibindungen in den neuen Demokratien Südeuropas dürfte sich von den etablierten Parteienstaaten unterscheiden, und es ist fraglich, ob sich in der kurzen Zeit des Bestehens demokratischer Regime bereits eine langfristig stabile Partei-Identifikation entwickelt hat.

Neben der unterschiedlichen parteienstaatlichen Tradition beeinflusst vermutlich auch die Struktur des Parteiensystems die Systemeffekte eines Wandels der Partei-Identifikation. Im Gegensatz zur Situation in den Vereinigten Staaten stehen einige europäische Parteien, wie die Kommunisten, Nationalisten und Rechtsradikalen, in einer ambivalenten Position zum demokratischen Regime. Eine enge Bindung an diese Gruppierungen trägt nicht unbedingt zur Stabilisierung einer liberalen Demokratie bei. Auch in den kulturell fragmentierten Gesellschaften (Belgien, Niederlande) wirkt die Partei-Identifikation nicht per se systemintegrierend (vgl. ausführlich: Lijphart 1977).

Seit 1975 wird die Partei-Identifikation im Rahmen der EUROBAROMETER kontinuierlich mit Hilfe derselben Frage erhoben (vgl. Tab. A74). Läßt man zunächst einmal die *Entwicklung* dieser Einstellung in der untersuchten Periode unberücksichtigt und konzentriert sich auf deren durchschnittliche Verteilung, dann überwiegt in allen zwölf Ländern die Distanz zu den Parteien: Während sich ein Viertel der Befragten einer Partei stark oder ziemlich verbunden fühlten, gaben 37 Prozent an, keiner Partei nahezustehen. In den Niederlanden bestand das günstigste Verhältnis zwischen Identifizierern und Nicht-Identifizierern. Daneben gehörten Italien und Griechenland zu den Ländern, in denen die Gruppe der Identifizierer zahlenmäßig größer war als die der Nicht-Identifizierer. Während in der Bundesrepublik Deutschland und in Dänemark zwischen beiden Gruppen ein etwa ausgewogenes Verhältnis bestand, war die Bindung an die Parteien in den übrigen Ländern, vor allem aber in Spanien und Portugal außerordentlich schwach entwickelt. Dieses Ergebnis entspricht ebenso den Erwartungen wie die schwache Parteibindung der Franzosen. Doch gehört nunmehr auch Großbritannien zu den Staaten mit einer im EG-Maßstab unterdurchschnittlichen Partei-Identifikation.

In den zwölf Mitgliedsstaaten der EG entwickelte sich die Bindung der Bürgerinnen und Bürger an die politischen Parteien im untersuchten Zeitraum sehr unterschiedlich. Von drei Ausnahmen abgesehen, ist Parteibindung im Zeitablauf starken, vermutlich durch tagespolitische Ereignisse bedingten Schwankungen unterworfen. Der in den Niederlanden feststellbare Rückgang der Parteibindung reflektiert offenbar die in der Parteiensoziologie mehrfach beschriebene Entsäulungstendenz. Demnach löste sich die traditionell starke Aufspaltung der niederländischen Gesellschaft

in mehrere politische Subkulturen mit einem eigenständigen, die Parteien einschließenden Organisationsnetzwerk in jüngster Zeit auf (vgl. die entsprechenden Beiträge in *Reichel* 1984; *Crewe/Denver* 1985). In Italien und in Luxemburg entspricht die Entwicklung der Partei-Identifikation dem Modell einer umgekehrten U-Kurve: Sie nahm zunächst stark zu, um dann wieder zurückzugehen. Eine Erklärung dieses Verlaufs ist ohne Prüfung der innenpolitischen Entwicklung in diesen Ländern nicht möglich.

Zwischen der Partei-Identifikation und der Zugehörigkeit zu einzelnen gesellschaftlichen Gruppen bestehen im allgemeinen nur schwache und unsystematische Beziehungen. Lediglich zwei Variablen beeinflussen in fast allen Ländern die Einstellung zu den politischen Parteien: das Alter und die Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum. In Übereinstimmung mit *Converses* (1969) Annahme, bei jeder Wahl bestehe die Chance, die Bindung an eine bestimmte Partei zu stabilisieren, nimmt in der BRD, Spanien, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden die Partei-Identifikation mit dem Lebensalter zu. Dem steht in Dänemark, Irland, Großbritannien, Italien und Portugal ein kurvilinearere Zusammenhang zwischen diesen Variablen gegenüber, der auf die partizipative Komponente Partei-Identifikation hindeutet: Bekanntlich sind die Angehörigen der mittleren Altersgruppen politisch besonders aktiv, jedenfalls was die konventionelle Partizipation angeht (näheres dazu im Beitrag von *Westle* in diesem Band).

Die Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum ist ebenfalls für die Intensität der Parteibindung relevant. Befragte, die sich als weit links- oder rechtsstehend einstufen, weisen im allgemeinen eine engere Bindung an eine bestimmte Partei auf als Personen mit moderaten ideologischen Orientierungen. Dies läßt sich aus der Entwicklung des Parteienwettbewerbs in den meisten europäischen Staaten erklären. Heute sind die großen politischen Parteien gezwungen, durch ihre Politik um die ideologisch wenig festgelegten, in der Mitte des Links-Rechts-Kontinuums befindlichen Wechselwähler zu werben und programmatisch bis zu einem gewissen Grade zu konvergieren. Dies wiederum führt dazu, daß die moderaten Wähler keine allzu großen Unterschiede zwischen den betreffenden Parteien wahrnehmen und demzufolge auch keine sehr enge Bindung an sie entwickeln. Extremer eingestellte Personen nehmen demgegenüber möglicherweise eine ideologische Position in der Nähe einer Partei, aber in großer Distanz zu allen anderen Parteien ein. Auf diesem Wege kann eine enge Parteibindung zustandekommen. In diesem empirisch belegbaren Zusammenhang zwischen ideologischem Extremismus und Partei-Identifikation könnte man eine Gefährdung der Stabilität der Demokratie sehen. Allerdings spricht der positive Zusammenhang zwischen Partei-Identifikation und Demokratiezufriedenheit gegen eine solche Deutung.

Wie die meisten anderen in diesem Beitrag untersuchten Einstellungen gehört die Intensität der Bindung an die politischen Parteien zu den Spezifika der nationalen politischen Kultur, die auch bei einer Kontrolle der bekannten Hintergrundvariablen erhalten bleiben.

In einer Längsschnitt- wie in einer Querschnittbetrachtung erweist sich die Vorstellung von einer Krise des Vertrauens der Bürger zu den politischen Parteien als zu undifferenziert. In einzelnen EG-Staaten bestehen beträchtliche Vorbehalte gegen die politischen Parteien, in anderen sind die Einstellungen zu ihnen ambivalent, nur ausnahmsweise herrschen positive Beziehungen der Bürger zu ihnen vor. Ob die unbestreitbare Distanz zwischen den Bürgern und den politischen Parteien als Indifferenz oder als Ablehnung zu interpretieren ist, läßt sich auf der Basis der vorliegenden Daten nur schwer beurteilen.

8. Die Homogenität der politischen Kultur der EG-Staaten und das Problem der Subkulturbildung

Im Gegensatz zu älteren, in der Völkerpsychologie und der Nationalcharakterforschung geläufigen Vorstellungen verweist schon der Begriff der politischen Kultur als „Verteilung individueller Orientierungen auf politische Objekte“ auf die innerhalb eines politischen Gemeinwesens auftretenden Einstellungsunterschiede. Diese können zufallsbedingt sein, durch Meßfehler zustandekommen, von tagespolitischen Ereignissen abhängen, aber auch systematisch mit der Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Gruppen einhergehen. Die Bedeutung der sozio-politischen Verankerung von Individuen für ihre politische Einstellung gehört zu den interessantesten Problemen der empirischen Demokratieforschung; denn für die Stabilität eines politischen Systems ist es nicht nur bedeutsam, ob die Bevölkerung eines Landes mehrheitlich die für eine demokratische politische Kultur typischen Einstellungen aufweist, sondern auch, ob dies in allen gesellschaftlichen und politischen Teilgruppen der Fall ist. Besteht in einer Gesellschaft eine starke, von Gruppenbindungen nicht wesentlich beeinflusste Übereinstimmung in den grundlegenden Fragen des politischen Zusammenlebens, dann spricht man von einer homogenen politischen Kultur. Starke Unterschiede in den gruppenspezifischen Einstellungen zur Politik deuten dagegen auf eine Aufspaltung der politischen Gemeinschaft in mehrere konkurrierende, möglicherweise sogar feindliche Subkulturen hin. In der kulturellen Fragmentierung zahlreicher kontinentaleuropäischer Staaten sahen Beobachter eine der maßgeblichen Ursachen für die Instabilität der Demokratie in den betreffenden Ländern (vgl. z.B. *Almond* 1956; *Lijphart* 1977). Da die Zusammenhänge zwischen der Zugehörigkeit zu einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und den Einstellungen zum politischen System bereits behandelt wurden, soll an dieser Stelle nur zusammenfassend aufgezeigt werden, in welchen Bereichen sich am ehesten Ansätze einer Fragmentierung der politischen Kultur zeigen.

Abbildung 2: Die Fragmentierung der politischen Kultur der EG-Staaten

	B	DK	BRD	F	GR	GB	EIR	I	NL	P	E
Politisches Interesse	+	+	+	+	+	++	+	+	+	+	+
Partei-Identifikation		+		+	+	+			+		
Kompetenzgefühl			+			+					
Vertrauen zu den Führungsgruppen											
Demokratiezufriedenheit					+	++					
Präferenz für die Demokratie											
Vertrauen zu den Mitbürgern											

+ gewisser Einfluß sozio-demographischer und ideologisch-wertorientierter Größen ($R^2 > .10$);

++ starker Einfluß sozio-demographischer und ideologisch-wertorientierter Größen ($R^2 > .20$)

Als die für die Stabilität einer Demokratie wichtigste Variable ist die Unterstützung des politischen Regimes und der politischen Gemeinschaft durch alle gesellschaftlichen Teilgruppen anzusehen. Nach den in Abbildung 2 enthaltenen Informationen ist diese Bedingung in allen zwölf Mitgliedsstaaten der EG gegeben. Ein besonderes Gewicht kommt dabei der Feststellung zu, daß alle Bildungs- und Altersgruppen sowie Anhänger unterschiedlicher Wertvorstellungen und Ideologien in der Präferenz für eine demokratische Ordnung übereinstimmen. Selbst die etwas stärker von den Systemleistungen beeinflusste Demokratiezufriedenheit variiert kaum mit der Herkunft und den ideologischen Orientierungen der Befragten. Dieselben Feststellungen gelten für das Vertrauen zu den Mitbürgern. Auftretende Unterschiede sind eher gradueller als prinzipieller Natur.

Andere Merkmale der politischen Kultur variieren stärker mit dem Hintergrund der Befragten. Dies gilt vor allem für das politische Interesse, mit Abstrichen aber auch für die Partei-Identifikation und das Effektivitätsbewußtsein. Ob man dies allerdings als Hinweis auf eine Spaltung der politischen Kultur interpretieren kann, scheint zweifelhaft. Als die wichtigsten Bestimmungsfaktoren der genannten Einstellungen erweisen sich nämlich nicht die für die Konfliktstrukturen einer Gesellschaft entscheidenden Variablen, sondern Sozialisationsfaktoren wie die Geschlechtszugehörigkeit und das Bildungsniveau. Eine qualifizierte Schulbildung fördert die Bereitschaft, aktiv am politischen Leben teilzunehmen und seinen Einfluß geltend zu machen. Einen vergleichbaren Effekt üben auch die traditionellen geschlechtsspezifischen Sozialisationsmuster aus, durch die Männer zu einer aktiveren Rolle in der Politik ermutigt werden als Frauen. Mit dem Anstieg des Bildungsniveaus und dem Abbau geschlechtsspezifischer Sozialisationsmuster dürften diese Unterschiede abnehmen.

9. Typen politischer Kultur in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft

Um zu vermeiden, daß die große Zahl von Einzeldaten den Blick auf das grundlegende Muster der politischen Kultur der EG-Staaten verstellt, sollen abschließend die einzelnen Befunde systematisch auf den eingangs eingeführten Typ der demokratischen Staatsbürgerkultur bezogen werden. Diese Bestandsaufnahme lehnt sich an *Almond/Verba* (1965: 13ff.) Konzept an, unterscheidet also zwischen Input-, Output- und Systemorientierungen. Diesen drei Teildimensionen, die empirisch als die Hauptdimensionen der politischen Kultur der EG-Staaten identifiziert wurden, lassen sich alle bisher behandelten Einstellungen zuordnen.⁵

Als kritischen Maßstab für die Beschreibung und Bewertung der politischen Verhältnisse in den westlichen Demokratien hatten *Almond* und *Verba* (1965: 337ff.) das Leitbild der Staatsbürgerkultur eingeführt, das sie allerdings nur unpräzise beschrieben. Die in sämtlichen einschlägigen Arbeiten enthaltenen Aussagen über den einer liberalen Demokratie angemessenen Typ politischer Kultur lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die demokratische Staatsbürgerkultur ist eine *gemischte politische Kultur*. Einige Bürger weisen positive, andere negative Einstellungen zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft auf, einige vertrauen der amtierenden politischen Führung, andere mißtrauen ihr, einige interessieren sich für die Politik, beteiligen sich an ihr und fühlen sich politisch kompetent, andere nicht.
2. Diese Einstellungen hängen nicht systematisch mit der Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen oder politischen Lagern zusammen. Einstellungsunterschiede sind primär situationsbedingt.
3. Auch wenn nicht alle Akteure eine positive Einstellung zu allen Aspekten der Politik aufweisen, sind positive Orientierungen häufiger als negative. Überwiegen die kritischen Einstellungen, dann besteht ein Ungleichgewicht zwischen der politischen Kultur und der politischen Struktur, das den Bestand des Systems gefährdet. Dies gilt vor allem, wenn die Inkongruenz das politische System als allgemeines Objekt betrifft.

5 Diese Struktur wurde mit Hilfe von Faktorenanalysen auf der Grundlage von Individualdaten sowie mittels aggregierter Einstellungsdaten ermittelt. In diese Analysen wurden das politische Interesse, die Partei-Identifikation, die Indikatoren politischer Kompetenz und des Vertrauens zu den gesellschaftlichen Führungsgruppen, die Demokratiezufriedenheit, die Präferenz für eine demokratische Ordnung und die Einstellung zur Veränderungsbedürftigkeit der Gesellschaft einbezogen. Die Individualdatenanalysen wurden mit den EUROBAROMETERN 26 und 30 vorgenommen, in den Makroanalysen fanden dieselben Variablen und zusätzlich das Vertrauen zu den Mitbürgern Berücksichtigung. Zwischen den Ergebnissen dieser Analysen bestand nicht nur eine bemerkenswerte Übereinstimmung, darüber hinaus entsprach auch die Gruppierung der Variablen im allgemeinen den theoretisch begründeten Erwartungen. Auf die Vorlage der entsprechenden Tabellen muß in diesem Rahmen verzichtet werden.

4. Die Input- und Output-Orientierungen stehen in einem annähernd ausgewogenen Verhältnis zueinander. Wie *Gamson* (1968: 42ff.) aufzeigte, begünstigt das Vertrauen zur politischen Führung in Verbindung mit einem stark ausgeprägten politischen Selbstbewußtsein systemkonforme Aktivitäten.

Wenn man eine intensive politische Involvierung sowie eine positive Einstellung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu sämtlichen politischen Akteuren, Organisationen, Institutionen und Werten als notwendige Attribute einer Staatsbürgerkultur ansieht, dann entspricht keines der zwölf Länder diesem Typ. Die Kluft zwischen dem normativen Modell und der politischen Wirklichkeit manifestiert sich vor allem in der schwachen Partei-Identifikation, im geringen staatsbürgerlichen Kompetenzbewußtsein, in der überwiegend kritischen Einstellung zur politischen Führung und im verbreiteten Mißtrauen gegenüber den Mitbürgern, weniger dagegen im politischen Interesse und in der Systemunterstützung. Vermutlich begrenzt die relativ starke Präferenz für eine demokratische Ordnung die möglichen negativen Effekte dieser Verteilung politischer Einstellungen. Statt bei der Feststellung der Diskrepanz zwischen dem demokratiethoretischen Ideal und der politischen Wirklichkeit stehen zu bleiben, soll nunmehr durch einen Vergleich der zwölf Staaten geprüft werden, welche Länder am ehesten dem Konzept der Staatsbürgerkultur entsprechen und welche nicht.

Lange Zeit galt Großbritannien als das Modell einer demokratischen Staatsbürgerkultur (vgl. *Almond/Verba* 1965; *Rose* 1965). Dies trifft in den siebziger und achtziger Jahren nicht mehr zu. Vielmehr sind sämtliche hier untersuchten Merkmale einer demokratischen Kultur in Dänemark überdurchschnittlich stark ausgeprägt. Vom Idealtyp der Staatsbürgerkultur weichen die politischen Einstellungen der Dänen nur insoweit ab, als die Partei-Identifikation und das staatsbürgerliche Kompetenzbewußtsein zwar über dem EG-Durchschnitt liegen, aber gleichwohl schwach entwickelt sind. Die besondere Position Dänemarks überrascht kaum, denn dieses Land weist ein hohes sozio-ökonomisches Entwicklungsniveau und eine kulturell homogene Gesellschaft auf. Für die Etablierung einer demokratischen politischen Kultur bestehen somit ausgesprochen günstige Voraussetzungen. Wie die Erfolge der rechtspopulistischen Fortschrittspartei in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zeigen, sind allerdings auch stabile Demokratien nicht gegen vorübergehende Spannungen gesichert.

Im europaweiten Vergleich entspricht eine weitere Gruppe von Ländern dem Leitbild der Staatsbürgerkultur zwar in den meisten Aspekten, aber nicht vollständig. Sie umfaßt die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande und Luxemburg. Wie das im EG-Maßstab allenfalls durchschnittliche Vertrauen der Deutschen und der Luxemburger zu ihren Mitbürgern indiziert, erbringt die politische Gemeinschaft in diesen beiden Ländern nur eine unzulängliche Integrationsleistung. Allerdings kompensiert die

überdurchschnittliche Unterstützung des politischen Regimes dieses Manko. In den Niederlanden ist die partizipative Komponente der politischen Kultur unterdurchschnittlich entwickelt. In der Typologie *Almond/Verba* (1965) verweist dies auf Restbestände einer Untertanenkultur. Da dieser Befund den Ergebnissen anderer empirischer Erhebungen widerspricht und in historischer Perspektive unplausibel erscheint, liegt die Vermutung nahe, daß das in den EUROBAROMETERN eingesetzte Meßinstrument unzulänglich ist.

Zwischen den drei zu dieser Gruppe gehörenden Ländern bestehen auf den ersten Blick große Gemeinsamkeiten. Wie Dänemark zählen sie zum nordwesteuropäischen Kulturkreis und weisen ein hohes sozio-ökonomisches Entwicklungsniveau auf. In einigen weiteren Merkmalen unterscheiden sie sich, hinsichtlich anderer ähneln sie einander. Während die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande konfessionell gemischte Gesellschaften sind, gehören die Luxemburger mehrheitlich der katholischen Kirche an. Auf der Basis ihrer politischen Entwicklung seit dem Beginn des Demokratisierungsprozesses stehen die Niederlande und Luxemburg als „alte“ Demokratien der Bundesrepublik als relativ „junger“ Demokratie gegenüber.

Abbildung 3: Merkmale der politischen Kultur der EG-Staaten in vergleichender Perspektive

	Involvierung	Input-Aspekte	Output-Aspekte	Regime	Gemeinschaft
B	-	-	-	o	-
DK	+	+	+	+	+
BRD	+	+	+	+	o
F	-	-	-	-	-
GR	+	+	-	o	+
GB	+	-	-	o	+
EIR	o	-	o	-	o
I	o	+	-	-	-
L	+	+	+	+	-
NL	+	o	+	+	+
P	-	o	+	o	-
E	-	-	-	o	o

+ Häufigkeit der betreffenden Einstellungen über dem EG-Durchschnitt

o Häufigkeit der betreffenden Einstellungen nahe dem EG-Durchschnitt

- Häufigkeit der betreffenden Einstellungen unter dem EG-Durchschnitt

Im Hinblick auf den Ausprägungsgrad der Staatsbürgerkultur nimmt Griechenland eine Zwischenstellung zwischen den vier nordwesteuropäischen Ländern sowie einer weiteren Gruppe ein, in der zumindest einige Merkmale dieses Typs in durchschnittlichem oder überdurchschnittlichem Maße vorhanden sind. Hierzu gehören Großbritannien, Irland und Portugal. Die in dieser Gruppe auftretenden Abweichungen vom Modelltyp der demokratischen politischen Kultur fallen sehr uneinheitlich aus. Im Bezugsrahmen

der Typologie *Almond/Verba* weisen Großbritannien und Griechenland eine moderne, Irland und Portugal eine parochiale politische Kultur auf. Zudem begünstigen die Systemorientierungen in den beiden ersten Ländern die Stabilität der Demokratie, da entweder das politische Regime oder die politische Gemeinschaft in der Bevölkerung eine überdurchschnittliche Unterstützung finden. Diese Bedingung ist weder in Portugal noch in Irland gegeben. Die These vom Zerfall der Zivilkultur in Großbritannien ist somit nicht ganz von der Hand zu weisen, jedoch betrifft sie weniger die Einstellungen zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft, als die Einstellungen zur amtierenden Führung und das staatsbürgerliche Kompetenzbewußtsein.

Nur wenige oder keine Entsprechungen mit dem Modell der Staatsbürgerkultur finden wir schließlich in einer dritten, aus Belgien, Italien, Frankreich und Spanien bestehenden Gruppe. In allen vier Ländern ist die Beziehung der Bevölkerung zu den sozio-politischen Eliten durch Mißtrauen geprägt, die politische Involvierung, die Unterstützung des politischen Regimes und die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft ist allenfalls durchschnittlich entwickelt. In Italien verbindet sich die überaus kritische Einstellung der Bürger zu ihrer politischen Umwelt zusätzlich mit einem relativ hoch entwickelten staatsbürgerlichen Kompetenzbewußtsein. Dadurch besteht eher als in den übrigen drei Ländern die Möglichkeit, daß sich Unzufriedenheit in Protestaktivitäten umsetzt. Auf der Basis ähnlicher empirischer Befunde hatten *Almond/Verba* (1965) die politische Kultur Italiens als Mischtyp aus einer parochialen und einer entfremdeten politischen Kultur bezeichnet. Die kulturellen Voraussetzungen für den Bestand einer stabilen Demokratie sind in den vier zu dieser Gruppe gehörigen Ländern ungünstiger als in den übrigen EG-Staaten. Die in Griechenland, Großbritannien, Irland und Portugal noch feststellbaren Integrationspotentiale fehlen hier weitgehend.

In struktureller Hinsicht bestehen zwischen diesen vier Ländern nur wenige Gemeinsamkeiten. Zwar gehört in allen vier Staaten die Bevölkerungsmehrheit der katholischen Kirche an, jedoch unterscheiden sie sich hinsichtlich ihres sozio-ökonomischen Entwicklungsniveaus und ihrer demokratischen Tradition. Belgien steht als ein relativ hoch entwickeltes Land mit einer ungebrochenen demokratischen Tradition Spanien als einem der weniger entwickelten Länder mit einer jungen Demokratie gegenüber. Beide Staaten weisen allerdings eine starke kulturell-ethnische Fragmentierung auf. Italien und Frankreich liegen bezüglich aller drei Merkmale zwischen Belgien und Spanien. Wie die Zusammensetzung aller drei Gruppen zeigt, muß man in der politischen Kultur eines Landes eine eigenständige Größe sehen, die nicht auf sozio-ökonomische Faktoren zurückgeführt werden kann.⁶

6 Diese Gruppierung der EG-Staaten nach ihrer politischen Kultur läßt sich in ihren Grundzügen durch eine Clusteranalyse stützen. Auf die Vorlage der entsprechenden Tabellen muß verzichtet werden.

10. Politische Kultur und Europäische Integration

Am Beginn dieser Untersuchung stand die Frage, ob sich in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft eine gemeinsame politische Kultur herausgebildet hat. Ob man diese Frage positiv oder negativ beantwortet, hängt nicht zuletzt von der Wahl des Bezugspunktes ab. Es ist zu vermuten, daß die politischen Einstellungen und Werthaltungen der Bürgerinnen und Bürger der EG-Mitgliedsstaaten einander relativ ähnlich sind, wenn man sie mit den in anderen geographischen Regionen vergleicht. Diese Feststellung gilt vor allem für den Kernbereich der politischen Kultur, die Präferenz für demokratisches Regime und die Unterstützung freiheitlicher und sozialstaatlicher Werte.

Dennoch verbleiben starke nationale Besonderheiten in den Beziehungen der Bevölkerung zur Politik, die nicht ausschließlich aus Unterschieden in der Sozialstruktur dieser Länder resultieren und ihren Niederschlag in unterschiedlichen politischen Verhaltensmustern finden. Sie dürften in der Zukunft die Geschwindigkeit und die Richtung des sozio-ökonomischen und politischen Integrationsprozesses beeinflussen, zumal sich durch den Beitritt weiterer Staaten die Unterschiede innerhalb der EG eher vergrößern als verringern werden. Die Prägekraft kultureller Faktoren für die wirtschaftliche und politische Entwicklung, auf die *Max Weber* bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts aufmerksam machte, wird auch künftig in Rechnung zu stellen sein.

Trotz der eingangs betonten Einbindung der EG-Staaten in eine gemeinsame kulturelle Tradition kann von einer Konvergenz der nationalen politischen Kulturen zu einer gemeinsamen politischen Kultur Europas derzeit noch nicht die Rede sein. Die nationalen Traditionen wirken bis heute in den Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zum politischen System fort, und diese Unterschiede bleiben auch dann bestehen, wenn man sozialstrukturelle Merkmale, Wertorientierungen und ideologische Präferenzen konstant hält. Der Prozeß der europäischen Integration wird auch nach der Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Marktes seine Grenzen in kulturellen Besonderheiten der Mitgliedsstaaten finden, und es ist zu erwarten, daß diese nationalen Traditionen auch das Verhältnis zum politischen Symbol Europa und zu den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft bestimmen werden.

Literaturhinweise

- Abramson, Paul R.*, 1983: *Political Attitudes in America. Formation and Change*, San Francisco: Freeman.
- Almond, Gabriel A.*, 1956: *Comparative Political Systems*, in: *Journal of Politics* 18, S. 391-409.
- Almond, Gabriel A.*, 1980: *The Intellectual History of the Civic Culture Concept*, in: *Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hrsg.): The Civic Culture Revisited. An Analytic Study*. Boston: Little, Brown and Company, S. 1-36.

- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney*, 1965: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Boston: Little, Brown and Company.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney* (Hrsg.), 1980: *The Civic Culture Revisited. An Analytic Study*, Boston: Little, Brown and Company.
- Baker, Kendall L./Dalton, Russell J./Hildebrandt, Kai*, 1981: *Germany Transformed. Political Culture and the New Politics*, Cambridge, Mass./London: Harvard University Press.
- Campbell, Angus et al.*, 1971: *The Voter Decides*, Neuauf., Westport, Conn.: Greenwood Press.
- Converse, Philip E.*, 1969: *Of Time and Partisan Stability*, in: *Comparative Political Studies* 2, S. 139-171.
- Crewe, Ian/Denver, David* (Hrsg.), 1985: *Electoral Change in Western Democracies: Patterns and Sources of Electoral Volatility*, London: Croom Helm.
- Dalton, Russell J.*, 1988: *Citizen Politics in Western Democracies. Public Opinion and Political Parties in the United States., Great Britain, West Germany, and France*, Chatham, N.J.: Chatham House.
- Van Deth, Jan W.*, 1990: *Interest in Politics*, in: Jennings, M. Kent/Van Deth, Jan (Hrsg.): *Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*, Berlin: de Gruyter, S. 275-312.
- Van Deth, Jan W./Horstmann, Raymond* (Hrsg.), 1989: *Dutch Parliamentary Election Studies Data Source Book 1971-1986*, Amsterdam: Steinmetz Archive.
- Easton, David*, 1979: *A Systems Analysis of Political Life*, New York et al.: Wiley and Sons.
- Erikson, Robert S./Luttbeg, Norman R./Tedin, Kent L.*, 1988: *American Public Opinion. Its Origins, Content, and Impact*, New York/London: Collier, Macmillan.
- Gabriel, Oscar W.*, 1986: *Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gamson, William A.*, 1968: *Power and Discontent*, Homewood, Ill.: Dorsey.
- Inglehart, Ronald*, 1990: *Culture Shift in Advanced Industrial Society*, Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Jessop, Robert D.*, 1975: *Civility and Traditionalism in English Political Culture*, in: *British Journal of Political Science* 1, S. 1-24.
- Kaase, Max*, 1985: *Systemakzeptanz in den westlichen Demokratien*, in: Matz, Ulrich (Hrsg.): *Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie*, Köln u.a.: Heymanns; Sonderheft der Zeitschrift für Politik, S. 99-125.
- Kavanagh, Dennis*, 1980: *Political Culture in Britain. The Decline of the Civic Culture*, in: Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hrsg.): *The Civic Culture Revisited. An Analytic Study*, Boston: Little, Brown and Company, S. 124-176.
- Lijphart, Arend*, 1977: *Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration*, New Haven/London: Yale University Press.
- Lipset, Seymour M.*, 1981: *Political Man. The Social Bases of Politics. Expanded Edition*, Baltimore, Md.: The John Hopkins University Press.
- Merkel, Peter, H.*, 1988: *Comparing Legitimacy and Values Among Advanced Industrial Countries*, in: Dogan, Mattei (Hrsg.): *Comparing Pluralist Democracies. Strains on Legitimacy*, Boulder, Colorado, London: Westview Press, S. 19-63.
- La Palombara, Joseph*, 1965: *Italy: Fragmentation, Isolation, Alienation*, in: Pye, Lucian W./Verba, Sidney (Hrsg.): *Political Culture and Political Development*, Princeton, N.J.: Princeton University Press, S. 282-329.
- La Palombara, Joseph*, 1987: *Democracy Italian Style*, New Haven/London: Yale University Press.
- Patrick, Glenda*, 1984: *Political Culture*, in: Sartori, Giovanni (Hrsg.): *Social Science Concepts: A Systematic Analysis*, London: Sage, S. 264-314.
- Political Action*, 1979: *Political Action. An Eight Nation Study. Codebook*, Köln: Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln.
- Reichel, Peter*, 1984: *Einleitung*, in: ders. (Hrsg.): *Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft*, Frankfurt/New York: Campus-Verlag, S. 9-33.

-
- Reichel, Peter* (Hrsg.), 1984: Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt/New York: Campus-Verlag.
- Rose, Richard*, 1965: England: A Traditionally Modern Political Culture, in: Pye, Lucian W./Verba, Sidney (Hrsg.) Political Culture and Political Development, Princeton, N.J.: Princeton University Press, S. 83-129.
- Sani, Giacomo*, 1980: The Political Culture of Italy. Continuity and Change, in: Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hrsg.): The Civic Culture Revisited. An Analytic Study, Boston: Little, Brown and Company, S. 273-324.
- Topf, Richard*, 1989: Political Change and Political Culture in Britain, 1959-1987, in: Gibbins, John (Hrsg.): Contemporary Political Culture. Politics in a Postmodern Age, London u.a.: Sage, S. 52-80.
- Westle, Bettina*, 1989: Politische Legitimität – Theorien, Konzepte, empirische Befunde, Baden-Baden: Nomos.